



Nr. 295 | 23.02.2024

Ukraine-Analysen

Zwei Jahre Angriffskrieg: Rückblick, aktuelle Lage und Ausblick

■ ANALYSE	
Zwei Jahre russischer Angriffskrieg. Welche politischen, militärischen und strategischen Erkenntnisse lassen sich ziehen?	2
Von Mykola Bielieskov (Nationales Institut für Strategische Studien, Kyjiw)	
■ ANALYSE	
Kein Ende des Ukrainekrieges?	7
Von Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn)	
■ KOMMENTAR	
Die aktuelle Lage an der Front	10
Von Nikolay Mitrochin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
Wie sich der russisch-ukrainische Krieg 2024 entwickeln könnte	12
Von Gustav C. Gressel (European Council on Foreign Relations, Berlin)	
Die Ukraine wird sich nicht durchsetzen, wenn der Westen seine eigene Handlungsfähigkeit verleugnet	14
Von James Sherr (International Centre for Defence and Security, Tallinn)	
Wie funktioniert das ukrainische Parlament in Kriegszeiten?	16
Von Stanislaw Iwasyk (Nationale Universität Kyjiwer-Mohyla Akademie, Kyjiw)	
Wie die Wahrnehmung des Staates sich durch den Krieg gewandelt hat	17
Von Serhij Dembizkyj (Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kyjiw)	
■ UMFRAGEN	
Stimmung in der Bevölkerung	21
■ STATISTIK	
Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee	28
Russische Raketen- und Drohnenangriffe, Verbrauch von Artilleriegranaten, Materialverluste im Kampf um Awdijiwka	29

Zwei Jahre russischer Angriffskrieg. Welche politischen, militärischen und strategischen Erkenntnisse lassen sich ziehen?

Von Mykola Bielieskov (Nationales Institut für Strategische Studien, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.295.01

Zusammenfassung

Der Beitrag bietet einen Überblick über die politischen, militärischen und strategischen Erkenntnisse, die sich in den letzten zwei Jahren im großen russisch-ukrainischen Krieg herauskristallisiert haben. Auf beiden Seiten reichten die Ressourcen bisher nicht aus, um die strategische Initiative auf dem Schlachtfeld herzustellen und die politischen Ziele zu erreichen. An Land führt diese Situation aktuell zu einem fast statischen Frontverlauf, was sich jedoch schnell wieder ändern könnte. In der Luft konnte die Ukraine Russlands enorme Lufthoheit fast neutralisieren. Und auf See gelang es der Ukraine sogar ohne nennenswerte eigene Marine die russische Schwarzmeerflotte zurückdrängen und auf Jahre erheblich zu schwächen. Für die Ukraine wird es 2024 darum gehen, gute Voraussetzungen für eine erneute Offensive in 2025 zu legen.

1. Diskrepanz zwischen den politischen Zielen und den verfügbaren militärischen Ressourcen auf beiden Seiten

Der 2014 begonnene latente lokale Krieg zwischen Russland und der Ukraine, der sich zum größten regionalen Krieg in Europa seit 1945 entwickelt hat, ist beispiellos, und zwar nicht nur hinsichtlich der Dimensionen und der Intensität. Er ist auch in seiner politischen Dimension bemerkenswert: Beide Seiten tendieren dazu, ihre Positionen zu maximieren, während keine der beiden Seiten in der Lage war, kurzfristig überlegene Kräfte ins Feld zu führen, um diese Ziele schnell zu erreichen.

Für die Ukraine ist es immer noch ein Krieg, bei dem es um ihre Existenz geht, auch wenn es den eigenen Streitkräften gelang, über die Hälfte der nach dem 24. Februar 2022 verlorenen Gebiete wieder zu befreien; zudem wurden anschließend und bis heute praktisch sämtliche russischen Versuche unterbunden, zu Lande vorzurücken. Der Erhalt und die Entwicklung der Ukraine werden nicht nur davon abhängen, ob die Verbände der russischen Teilstreitkräfte besiegt werden können, die sich derzeit auf ukrainischem Territorium befinden. Es wird letztendlich auch auf eine interne Transformation Russlands im Sinne einer post-imperialen Entwicklung ankommen.

Die politische Führung Russlands, die nicht in der Lage ist, ihre maximalistischen Ziele eines Regimewechsels in Kyjiw und einer Besetzung durch schnelle Vernichtungsstrategien zu erreichen, stellt den Krieg gegen die Ukraine als einen Kampf zur Rettung und Bewahrung Russlands dar, um breitere Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Die Ukraine wird als zentrales politisches Instrument des Westens dargestellt, mit der Russland eine »strategische Niederlage« beigefügt werden solle. Russische Politiker:innen erklären offen, dass eine lebensfähige und unabhängige Ukraine nicht mit den

Sicherheitsinteressen Russlands vereinbar sei. Angesichts eines solchen Framings dürfte Russland seine Würgegriffstrategie gegenüber der Ukraine weiterverfolgen, da es seine Ziele nicht in einem großen Streich erreichen kann. Zu dieser Strategie gehört, Menschen, Technologien und Geld aus der Ukraine zu verschrecken. Durch den Krieg und die Luftschläge soll das Land in einen dysfunktionalen Staat verwandelt werden, um den Boden für einen weiteren Versuch eines Landraubs zu bereiten.

Keine der beiden Seiten verfügt über die notwendigen Ressourcen, um schnell die politischen Ziele zu erreichen. Beide Seiten haben aber gezeigt, dass sie neue Ressourcen erschließen konnten (durch externe wie interne Mobilisierung), um die Intensität der Kämpfe über zwei Jahre aufrechtzuerhalten. Gleichwohl bleibt offen, wie lang eine solche Dysbalance zwischen politischen Zielen und verfügbaren Mitteln andauern kann. Letztendlich werden diese beiden Ziele in ein Gleichgewicht kommen.

2. Anhaltende Schieflagen zwischen unmittelbaren politischen Zielen, militärischen Fähigkeiten und den tatsächlichen Erfolgen auf dem Schlachtfeld

Der fortwährende Krieg gibt uns eine Reihe von Beispielen an die Hand, bei denen die Kriegsparteien nicht in der Lage sind, die unmittelbaren politischen Ziele, die militärischen Fähigkeiten und die tatsächlichen Kampfleistungen in ein Gleichgewicht zu bringen. Eine solche Balance wird schließlich als Voraussetzung für Erfolg auf dem Schlachtfeld betrachtet.

Mit diesem Problem hatten insbesondere die russischen Streitkräfte zu kämpfen. Im Grunde hat sich die oberste politische und militärische Führung Russlands als unfähig erwiesen, sich mit der Tatsache abzufinden, dass die russischen Streitkräfte nicht in der Lage sind, eine klassische tiefgreifende Offensive wie

im Zweiten Weltkrieg durchzuführen, um die ukrainischen Truppenverbände zu besiegen und große Teile des Territoriums unter Kontrolle zu bringen. Die verkündeten politischen Ziele liegen bislang zumindest jenseits der Leistungen und der Fähigkeiten der russischen Streitkräfte.

Gleichzeitig konnte die Ukraine 2022 eine nahezu ideale Balance zwischen den unmittelbaren politischen Zielen, den militärischen Fähigkeiten und den Kampfleistungen finden. Sie setzte zunächst auf strategische Verteidigung und nutzte dann die erwähnten russischen Fehlkalkulationen, indem sie die russischen Truppen zermürbte und dann, als die russischen Truppen verwundbar waren, zur Gegenoffensive mit Geländegewinnen überging. Die zu diesem Zeitpunkt extreme militärische Schwäche Russlands wurde allerdings nicht voll genutzt: Wären die Waffen und die Munition, die der Ukraine nach Beginn der großangelegten Invasion versprochen und 2023 übergeben wurden, bereits früher geliefert worden, hätten die Ukrainischen Streitkräfte vermutlich fast alles, was nach dem 24. Februar 2022 besetzt wurde, wieder befreien können. Diese Chance wurde verpasst.

2023 war es dann die Ukraine, die nicht in der Lage war, die unmittelbaren politischen Ziele, die militärischen Fähigkeiten und ihre tatsächlichen Kampfleistungen in die richtige Balance zu bringen, als sie ihre Südoftensive plante und schließlich von Juni bis September 2023 unternahm. Die Ukraine hatte international unter Druck gestanden, die Gegenoffensive voranzutreiben, da sie sich sonst erneut dem Schreckgespenst eines Waffenstillstandsabkommens à la Minsk gegenübersehen hätte. Die Versuche, militärisch gegen die gut ausgebauten russischen Verteidigungsstellungen vorzudringen und trotz der Barrieren in die Tiefe vorzustoßen, waren für die Ukrainischen Streitkräfte eine Herausforderung und zeitigten auf dem Schlachtfeld letztlich nur begrenzte Ergebnisse.

3. Die nukleare Dimension

Das Tabu eines Nuklearwaffeneinsatzes ist bislang – ungeachtet einer Reihe impliziter und expliziter russischer Statements – zwar nicht gebrochen worden, doch haben die Nuklearwaffen einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Krieges seit dem 24. Februar 2022 gehabt. Die Entwicklung ist allerdings vielschichtig.

Einerseits hat sich die russische Kalkulation, dass Drohungen mit einer nuklearen Eskalation den Westen von jedweder nennenswerten Intervention auf Seiten der Ukraine abhalten würden, als völlig haltlos erwiesen. Die Staaten der von den USA angeführten Ad-hoc-Koalition lieferten schrittweise immer mehr und immer modernere Waffensysteme an die Ukraine, angefangen von Panzerabwehrkraketen (ATGM) / Granatwer-

fern und tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) über 155-Millimeter-Haubitzen, Mehrfachraketenwerfer (MRLS) und diverse gepanzerte Fahrzeuge bis hin zu der Entscheidung, modernste Luft- und Raketenabwehrsysteme sowie Kampffjets der vierten Generation bereitzustellen, die 2024 geliefert werden sollen. Diese Menge an Waffen ermöglichte es, die ursprünglichen russischen Pläne zu durchkreuzen. Die Front konnte stabilisiert werden, wobei es zu beispiellosen russischen Verlusten kam. Allerdings zeigten die Ereignisse von 2023, dass es nicht für eine klassische Offensivoperation gegen gut vorbereitete Stellungen reichte.

Gleichzeitig zeigten die Überlegungen zum Eskalationsmanagement, das einen Eckpfeiler der Politik der westlichen Staaten in Bezug auf den russisch-ukrainischen Krieg darstellt, ihre Wirkung. Sie hatten Folgen für das Tempo, die Qualität und die Quantität der Hilfen an die Ukraine. Jede weitere Entscheidung, der Ukraine modernere Waffensysteme zu geben, wurde mit Blick auf eine mögliche nukleare Eskalation durch Russland abgewogen. In den meisten Fällen gab es für das jeweilige Waffensystem letzten Endes grünes Licht. Allerdings ging dabei wertvolle Zeit verloren, was entsprechende negative Folgen für die Entwicklung auf dem Schlachtfeld hatte. Leider waren die USA und einige ihrer Verbündeten, wie etwa Deutschland, zu zögerlich, um die erkennbare Diskrepanz zwischen Russland und China (Moskaus wichtigstem internationalen Rückhalt) auszunutzen: Schließlich hatten offizielle Stellungnahmen aus Beijing klargestellt, dass eine nichtkonventionelle Eskalation durch Russland von der chinesischen Führung nicht begrüßt werden würde.

Im September 2022 führten explizite russische Drohungen mit Nuklearwaffen dazu, dass Russland wertvolle Zeit gewann, um mobil zu machen, sich neu aufzustellen und sich darauf einzurichten, dass es einen Wechsel vom Bewegungskrieg hin zu einem Abnutzungskrieg gab. Die Ukraine war nicht in der Lage, im September und Oktober 2022 das Momentum extremer russischer Schwäche auszunutzen, weil die internationalen Hilfslieferungen anhand der Philosophie »Russlands Sieg verhindern, die Ukraine vor einer Niederlage bewahren« erfolgten und dabei Überlegungen zum Eskalationsmanagement eine Rolle spielten. Die Entscheidung, offensiv ausgerichtete ukrainische Verbände auszurüsten, wurde von den USA und ihren Partnern erst im Januar 2023 getroffen; aber da war es bereits zu spät.

Der Umstand, dass Russland eine der großen Atom-mächte ist, brachte auch andere für die Ukraine nachteilige Beschränkungen mit sich: Keiner der westlichen Partner ist bereit, tief ins Innere Russlands geführte Angriffe zu unterstützen, die die russische Wirtschaft oder seine Kriegsmaschinerie empfindlich treffen wür-

den. Ein Beispiel hierfür ist die fehlende Bereitschaft des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, grünes Licht für die Lieferung von luftgestützten Marschflugkörpern vom Typ Taurus an die Ukraine zu geben – sie könnten die strategisch wichtige Krimbrücke bei Kertsch angreifen.

Die Ukraine entwickelt auch ihre eigenen Angriffsfähigkeiten und nimmt kriegsrelevante Ziele ins Visier. Das ist jedoch nicht ausreichend, um das Kriegsgeschehen schnell zugunsten der Ukraine zu verändern. Gleichzeitig ist Russland in der Lage seine Wirtschaft am Laufen zu halten, sowie neue Truppen aufzustellen und ins Feld zu führen, und zwar einfacher, als dies der Fall für die Ukraine ist.

4. Fortgesetztes Ringen um strategische Initiative

In den letzten zwei Jahren hat es keine der beiden Seiten vermocht, eine sogenannte strategische Initiative herzustellen und umzusetzen sowie die politischen Ziele zu erreichen. Das sowjetische Konzept einer strategischen Initiative ist zum Verständnis der Kriegsdynamik allerdings hilfreicher als die Versuche, den Krieg in unterschiedliche Phasen zu unterteilen, wie das viele tun. Strategische Initiative meint eine quantitative und qualitative Überlegenheit, die es ermöglicht, dem Gegner die Kriegsparameter zu diktieren. Strategische Initiative wird durch eine günstige Abnutzungsrate (von beispielsweise einem ukrainischen Verlust an Personal gegenüber mindestens 10 russischen Verlusten) erreicht, kombiniert mit einer passenden Abfolge von Verteidigungs- bzw. Offensivoperationen und einer dem Gegner überlegenen Produktion. Dabei soll es aufgrund des Tempos der Operationen dem Feind unmöglich gemacht werden, sich neu aufzustellen und anzupassen. Im Kern sind Aktionen zur Gewinnung und Nutzung strategischer Initiative die Voraussetzung für einen letztendlichen Erfolg auf dem Schlachtfeld.

Im ersten halben Jahr nach dem 24. Februar 2022 war es Russland, das über eine Art Initiative verfügte, die die Ukraine dazu zwang, sich den durch Russlands Vorteile diktierten Parametern zu unterwerfen. Die russischen Vorteile erodierten jedoch allmählich, da die Ukraine in der Lage war, die russische Front an den Rändern aus dem Gleichgewicht zu bringen und in den Gebieten Cherson und Charkiw erfolgreiche Offensiven zu unternehmen. In der Folge wurde dann die Fähigkeit der Ukraine, die russischen Fehler auszunutzen, mit der Erlangung von strategischer Initiative verwechselt. Diese Einschätzung erwies sich jedoch als falsch, da Russland eine neue Mobilmachung begann, sich neu aufstellte und sich anpassen konnte. Seither wechseln sich Russland und die Ukraine mit offensiven und Verteidigungsoperationen ab, ohne dass eine der beiden Seiten wirklich eine strategische Initiative erringen und durchsetzen konnte.

Das lässt sich durch eine Reihe einschränkender Bedingungen erklären. Die Waffensysteme (selbst die für die Infanterie) werden technologisch immer raffinierter, was es schwieriger macht, deren Produktion schnell zu erhöhen. Dadurch ist es für beide Seiten nicht so einfach, die Verluste zu ersetzen und den Gegner bei der Produktion zu übertrumpfen. Zudem ist es in demokratischen Staaten generell schwieriger, die Menschen nach Verlusten dazu zu bringen, die Reihen zu schließen (wie aktuell in der Ukraine) und umgehend einen größeren Teil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für einen Krieg aufzuwenden (was bei den NATO-Staaten erkennbar ist). Es muss intern wie extern ein Konsens erreicht werden, wodurch wertvolle Zeit verloren geht. Russland hingegen sieht sich dieser Art Einschränkung – oberflächlich betrachtet – nicht gegenüber, da es Menschen leichter mobilisieren und große Teile des BIP für den militärisch-industriellen Komplex (die Militärausgaben wurden auf 1/3 des Staatshaushalts gesteigert) umwidmen kann. Allerdings ist der Ausbildungsstand der Mobilisierten eher gering. Zudem macht es ein objektiv bestehender Mangel an erfahrenen Mannschaften, Ersatzteilen und Produktionskapazitäten für Russland schwierig, durch erhöhte Kriegsausgaben auch eine Produktionssteigerung zu erreichen.

5. Seekrieg

Im Bereich der Marine, wo Russland eigentlich eine große Dominanz hat, hat die Ukraine in den zwei Jahren die größten Erfolge erzielt. Das gilt umso mehr, wenn man die eher geringen Ressourcen berücksichtigt, über die die Ukraine verfügt. Die großangelegte Invasion begann mit einer kompletten Blockade der ukrainischen Häfen und einer drohenden Seelandeoperation bei Odesa durch die Russische Schwarzmeerflotte. Nachdem die Ukraine etwa 20 Prozent der Schwarzmeerflotte zerstörte und auch das Hauptquartier der Flotte in Sewastopol beschädigte, fürchten russische Kriegsschiffe einen ständigen Aufenthalt im Bereich der besetzten Krim und können die Seeblockade nicht mehr aufrechterhalten. Die Ukraine hat im Laufe des Jahres 2023 das westliche Schwarze Meer im Grunde in eine »No-Go-Zone« für russische Schiffe verwandelt. Die Krim, der jahrhundertealte Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte, ist durch gezielte ukrainische Angriffe für eine anhaltende russische Marinepräsenz nicht mehr haltbar.

Es wird Jahre dauern, bis Russland die Verluste seiner Marine wettmachen kann. Erschwert wird dies durch die fehlende Möglichkeit, durch den Bosphorus Ersatz ins Schwarze Meer zu schaffen, da der Vertrag von Montreux untersagt, dort in Kriegszeiten Kriegsschiffe passieren zu lassen. Gleichzeitig hat die russische Regierung größere Schiffe nach Noworossijsk und ins

Asowsche Meer verlegt und erwägt, einen Marinestützpunkt in der vorübergehend besetzten Republik Abchasien zu errichten.

Der Krieg zur See erfolgte in drei Phasen. In der ersten Phase von Februar bis April 2022 konnte die Ukraine die Gefahr einer russischen Seelandeoperation auf ein Minimum reduzieren. Das wurde durch erfolgreiche Verteidigungsmaßnahmen an Land (im Gebiet Mykolajiw) und im Luftraum erreicht. Kombiniert wurde das mit Vorbereitungen zur Küstenverteidigung, mit Barrieren und einer Verstärkung durch mechanisierte Einheiten. Zweitens war die Ukraine von April bis Juni 2022 in der Lage, im nordwestlichen Schwarzen Meer eine operative Sperrzone (Anti-access/area denial, A2/AD) zu errichten, wobei das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, der Raketenkreuzer »Moskwa«, erfolgreich versenkt und die russischen Einheiten von der strategisch wichtigen Schlangeninsel vertrieben wurden. Dies schuf die militärische Grundlage für das Getreideabkommen (Juli 2022 bis Juli 2023), da Russland keine klassische Blockade innerhalb einer 150-Kilometerzone vor der ukrainischen Küste errichten konnte. Als Russland das Getreideabkommen im Sommer 2023 einseitig aufkündigte, weil es seine Möglichkeiten, Kyjiw unter Druck zu setzen, überschätzte, konnte die Ukraine ein glaubwürdiges Drohpotenzial gegen russische Schiffe auf offener See aufbauen, so dass diese in Häfen auf der Krim fliehen mussten. Später wurden diese Schiffe mit Raketen vom Typ Storm Shadow bzw. SCALP-EG angegriffen.

Bei all diesen ukrainischen Erfolgen ist zu beachten, dass der Krieg nicht allein durch Kämpfe zur See entschieden wird, da die militärische Bedrohung durch Russland vorwiegend zu Land und aus der Luft besteht. Andererseits sind die ukrainischen Erfolge ein Beleg, dass auch kleinere Mächte in der Lage sind, mit passenden asymmetrischen Mitteln wie Überwasser-Kampfdrohnen und Langstreckenraketen in Küstengewässern erfolgreiche Operationen durchzuführen.

6. Luftkrieg

Der erste größere ukrainische Sieg wurde in der Luft errungen: Die ukrainische Luftwaffe war in der Lage, eine Abwehrstrategie zu verfolgen, durch die es für die bemannte russische Luftwaffe zu riskant wurde, tief in den ukrainischen Luftraum einzudringen. Die riesige Luftüberlegenheit Russlands wurde damit neutralisiert. Die ukrainischen Luftverteidigungssysteme waren kurz vor dem 24.02. vorsorglich verstreut und nach den ersten, meist erfolglosen russischen Angriffen, neu stationiert worden. So konnten sie russische Kampffjets abschießen, die sich in der Annahme, die ukrainischen Boden-Luft-Raketensysteme (SAM) seien zerstört, in die Ukraine wagten.

Nachdem Russland seit April 2022 zu Raketen- und Drohnenangriffen übergegangen war, die sich gegen die

Logistik, Ölraffinerien und schließlich das Energienetz richteten, wurde es eine drängende Aufgabe, auf westliche Boden-Luft-Raketen zurückzugreifen. Die Vorräte an sowjetischen Systemen wurden spärlicher und man musste nach günstigen Lösungen suchen, um die iranischen Drohnen abzuwehren, die massenhaft an Russland geliefert wurden.

Die Ukraine erhielt eine Reihe modernster westlicher SAM-Systeme wie NASAMS, Iris-T und Patriot. Das größte Problem besteht hier in der Produktion der Rampen wie auch der entsprechenden Raketen. Dann begann die Ukraine, Piloten für die vierte Generation von Mehrzweckkampffjets vom Typ F-16 auszubilden zu lassen, die 2024 geliefert werden.

Die ukrainische Führung steht trotz dieser Erfolge vor dem Dilemma, den Bedarf an Luftverteidigung für das Land (die wichtigen urbanen Räume von wirtschaftlicher Bedeutung) mit der Luftverteidigung der Verbände an der Front auszubalancieren. Letztendlich wird der Erfolg der Ukraine auf einer kontinuierlichen Aufrechterhaltung der Luftabwehr-Strategie beruhen, was allerdings einen konstanten Nachschub aus den Ländern des Westens erfordert.

7. Bodenkrieg

Da sich die Luftwaffen beider Seiten gegenseitig neutralisieren, ist der Krieg zwischen Russland und der Ukraine zum größten Artillerieduell seit 1945 geworden. Besser gesagt geht es um einen Kampf, bei dem beide Seiten versuchen, resiliente Schrittfolgen von Angriffen (engl.: »kill chains«) zu entwickeln und einzusetzen, während gegnerische Schrittfolgen so weit wie möglich gestört werden sollen. Ersteres wird mit Hilfe von Drohnen und weniger mit Hilfe von Artillerieortungsradar in Kombination mit Geschütz- und Raketenartillerie bewerkstelligt. Für letzteres wird elektronische Kriegsführung und die Luftabwehr gegen feindliche Drohnen etc. eingesetzt.

Zunächst gelang es der Ukraine, sich auf die Präzision des Beschusses zu konzentrieren, um die Unterlegenheit bei der Anzahl der Artilleriegeschütze und der Munition wettzumachen. Dann schaffte es die Ukraine, den Vorstoß russischer Artillerie aufzuhalten, indem moderne westliche Mehrfachraketenwerfer (z. B. HIMARS) mit höchster Zielgenauigkeit und einer Reichweite von bis zu 85 Kilometern eingesetzt wurden. Zudem wurden russische Lagerstätten, Kommando- und Leitstellen im Hinterland angegriffen. Hierauf hat sich Russland mittlerweile eingestellt, indem größere Lager abgezogen und kleinere verstreut platziert wurden. Allerdings hat die Ukraine nicht genügend ballistische Raketen und Marschflugkörper geliefert bekommen, um den russischen rückwärtigen Raum erneut zu gefährden, wie das von Juni bis September 2022 der Fall war.

Jetzt, da die Vorkriegsvorräte an Artilleriemunition weitgehend aufgebraucht sind, verlegen sich beide Seiten aufs Improvisieren und setzen diverse Drohnen sowohl zur Aufklärung wie auch zu Angriffen ein. Drohnen sind jedoch kein Ersatz für klassische Artillerie, jedenfalls in Bezug auf Reichweite, Zuladungs- und Zerstörungskapazitäten. Hinzu kommt, dass es bei einer ausschließlichen Stützung auf Drohnen unmöglich ist, die Frontlinie geschlossen zu halten. Daher versuchen beide Seiten schnellstmöglich, sowohl die eigene Produktion zu erhöhen wie auch externe Quellen für Artilleriemunition zu erschließen. Ungeachtet des Niveaus der Kriegsführung zählen immer noch die Stückzahlen, und da ist Russland aktuell deutlich im Vorteil (siehe Grafik 2, S. 30).

Das Kriegsgeschehen zu Land hat eine Reihe von Dingen deutlich gemacht. Erstens dürften angesichts der neutralisierten Luftwaffe vier Komplexe von Fähigkeiten für den Erfolg auf dem Schlachtfeld bestimmend sein: Geschütz- und Raketenartillerie, Drohnen, elektronische Kriegsführung/Aufklärung und Luftabwehr. Nur wenn diese Fähigkeiten richtig eingesetzt werden, können gepanzerte Verbände ohne ein Risiko hoher Verluste ins Feld geschickt werden. Zweitens ist eine »kontaktlose« Kriegsführung längst nicht mehr ein Privileg der Supermächte allein. Auch andere Länder sind in der Lage, dies kostengünstig und effizient zu bewerkstelligen. Drittens sind wegen des nun »transparenteren« (durch permanente Drohnenaufklärung) und »tödlicheren« Schlachtfeldes die Vorlagen aus der Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg nicht mehr relevant. Das bezieht sich auf ein Vorgehen, das auf Masse und taktische Überraschungen kombiniert mit Tempo setzt, um tiefgreifende Offensivoperationen zu unternehmen. Heute ist es so, dass jedwede Truppenkonzentration über Kompaniestärke hinaus mit dem Risiko behaftet ist, umgehend aufgespürt und zerstört zu werden. Auch hier muss sich die Kriegsführung an neue Entwicklungen auf dem Schlachtfeld anpassen, sowohl in taktischer wie auch in operativer Hinsicht.

8. Vorübergehender Stillstand im Bodenkrieg

Wenn das Jahr 2022 durch einen Bewegungskrieg geprägt war, bei dem die Kontrolle über große Gebiete schnell wechselte, kann das Geschehen 2023 als Abnutzungskrieg zusammengefasst werden, bei dem die Positionskämpfe an den Ersten Weltkrieg erinnern. Das ist die Folge eines komplizierten Zusammenspiels von

Technologien und Taktiken, die auf beiden Seiten vorhanden sind und eingesetzt werden.

Da sich die beiden Luftwaffen gegenseitig neutralisieren, hat sich der Krieg zu einem Wettstreit von Raketen plus Artillerie gewandelt, die von beiden Seiten zunehmend durch Drohnen verstärkt werden. Diese dienen der Nachrichtengewinnung und Aufklärung wie auch für Angriffsschläge. Die Verbreitung von Aufklärungs- und Angriffsdrohnen ermöglicht eine effiziente und kostengünstige »kontaktlose« Kriegsführung. Das gilt wiederum für beide Seiten, wobei keine der beiden in der Lage war, bei Lagebeurteilung und Feuerkraft eine Dominanz herzustellen.

Der vor kurzem ausgewechselte ukrainische Generalstabschef Walerij Saluschnyj hat diese Entwicklung in einem Interview mit dem »Economist« beschrieben. In einigen Fällen wirkt diese Entwicklung zugunsten der ukrainischen Streitkräfte, wie beim Kampf um Awdijiwka, das Russland nur unter sehr hohen Verlusten einnehmen konnte (vgl. Grafik 3, S. 30). In anderen Fällen – das hat die ukrainische Offensive im Süden gezeigt – wirkt diese Entwicklung gegen die Ukraine. Strategisch steht die Ukraine immer noch vor der Aufgabe, die besetzten Gebiete und die dort noch verbliebene Bevölkerung zu befreien. Daher muss sie neue Taktiken entwickeln, sich aneignen und einsetzen, um aus dem derzeitigen Stillstand herauszukommen.

Ausblick

Das gegenwärtige Gleichgewicht an der Front sollte nicht als fest gegebener Zustand betrachtet werden. Es ist vielmehr das Ergebnis einer vorübergehenden Kombination von Faktoren, die sich als Übergangsphänomene herausstellen könnten. Falls Russland es schafft, seine bemannte Luftwaffe frei einzusetzen, während gleichzeitig die ukrainischen Vorräte für die Luftabwehr zur Neige gehen, oder wenn Moskau bei den Drohnen und der Artillerie zu Land eine Überlegenheit herstellt, könnte sich der gegenwärtige Stillstand schnell zu einem für die Ukraine ungünstigen Bewegungskrieg kippen. Andererseits könnten mit Hilfe einer aktiven Verteidigungsstrategie für dieses Jahr sowie durch bessere Ausbildungsprogramme und erhöhte Munitionsproduktion und -lieferungen die Voraussetzungen für eine erneute Offensive der Ukraine im Jahr 2025 geschaffen werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Mykola Bielieskov studierte Internationale Beziehungen an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität in Kyjiw. Er war von 2016 bis 2019 Analytiker bei der ukrainischen NGO »Institute of World Policy« tätig. Seit Oktober 2019 ist er Analytiker am Nationalen Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Ukraine und seit August 2022 ist er leitender Experte der ukrainischen Hilfsorganisation »Come back alive«.

Kein Ende des Ukrainekrieges?

Von Andreas Heinemann-Grüder (Universität Bonn)

DOI: 10.31205/UA.295.02

Zusammenfassung

Die Ausgangslage der Ukraine zu Beginn des dritten Kriegsjahres seit Beginn der großangelegten russischen Invasion ist schwierig, aber nicht aussichtslos. Damit der Krieg sich nicht zu einer langwierigen dauerhaften Konfrontation entwickelt und ein ukrainischer Sieg ermöglicht wird, muss der Westen der Ukraine allerdings mehr strategische Ressourcen und Hochpräzisionswaffen liefern. So kann die Ukraine den russischen Nachschub, vor allem über die Krim, abschneiden, um aus dem bisherigen Artilleriekrieg auszubrechen, der für die Ukraine kaum zu gewinnen ist. Bei bröckelndem internationalen Rückhalt hingegen droht die Ukraine den Krieg zu verlieren, was in einen Verhandlungsfrieden um jeden Preis und erneuten Gebietsverlusten resultieren könnte – mit allen Konsequenzen.

Schwierige Ausgangslage

Das Jahr 2024 begann mit einer defätistischen Grundstimmung. Die ukrainische Offensive 2023 brachte keine Wende, während die Risse im Westen sich sukzessive vertiefen. Vier Fünftel der Russen befürworten nach wie vor den Vernichtungskrieg ihres Präsidenten, der sich im März neu inthronisieren lässt. Die russische Kriegswirtschaft erweist sich als anpassungs- und widerstandsfähig. Russland hat die Waffenproduktion über das Vorkriegsniveau hinaus gesteigert und umgeht die westlichen Sanktionen und Exportkontrollen. Der globale Süden ist wiederum erbost über Israels Bombardement im Gazastreifen, weniger über Putins Krieg. China, Indien, Südafrika, Saudi-Arabien und Brasilien kündigten Friedensinitiativen an, die sich allerdings als Worthülsen entpuppten. Gleichzeitig schmelzen die politischen, finanziellen und militärischen Ressourcen zur Unterstützung der Ukraine dahin. Der Anfang Februar abgesetzte ukrainische Oberbefehlshaber General Walerij Saluschnyj gab eine nüchterne Einschätzung der Lage: Sie ist festgefahren. Für den Zweifel am Triumph des Willens wurde er von Präsident Selenskyj entlassen.

Verpasste Chancen lassen sich nicht zurückgewinnen, denn militärisch sollte die Ukraine nie zu einer symmetrischen Kriegsführung befähigt werden. Die ukrainische Gegenoffensive scheiterte auch, weil die zugesagten Lieferungen von Marder, Iris-T, Tankfahrzeugen und Schwerlastsattelzügen zu Beginn der ukrainischen Offensive nicht eingetroffen waren und die Ukraine nur schleppend die gepanzerten Gefechtsfahrzeuge und die Artilleriemunition erhält. Während Russland fast täglich Angriffe auf Kyjiw fliegt, sollte den Menschen in Moskau kein größerer Schmerz als die Schließung von Ikea und McDonalds zugemutet werden. Das war und ist auch der Grund für die anhaltende Weigerung, Waffen an die Ukraine zu liefern, die Russland aus der Distanz treffen könnten. Der Westen ist sich bisher nur darin einig, dass die Ukraine als souveräner Staat überleben

muss und eine Militärkonfrontation oder ein Atomkrieg mit Russland zu vermeiden ist.

Die Ablehnung der deutschen Regierungsparteien, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern, und die Äußerungen des Chefs der Münchener Sicherheitskonferenz und früheren außenpolitischen Beraters von Kanzlerin Merkel, Christoph Heusgen, man müsse ein neues Minsk-Abkommen schließen und Präsident Selenskyj dafür »mitnehmen« (in der Sendung »Maischberger« vom 31.1.2024), belegen, dass die Beschwichtigungspolitik gegenüber Putins Russland nie tot war. Der Koalitionsfrieden, d. h. die Beteiligung an der Regierung, genießt für die Parteien der Ampelkoalition allemal höhere Priorität als das Überleben der Ukraine, und zwar selbst unter jenen Politikerinnen und Politikern der Grünen und der FDP, die sich bisher lautstark in Talkshows und auf Marktplätzen für die Lieferung von Taurus-Raketen ausgesprochen hatten.

Im Februar 2015 musste der ukrainische Präsident Poroschenko dem Minsk II-Abkommen zustimmen, da 5000 ukrainische Soldaten in Debalzewe eingeschlossen waren. Lehren aus den sogenannten Minsker Abkommen von 2014 und 2015, die einen fragilen Waffenstillstand bewirkten, die strukturellen Vorteile Russlands und die Besatzung ukrainischen Territoriums jedoch zementierten, sind nie gezogen worden. Die Logik der Unterstützung für die Ukraine läuft auf eine Wiederholung von Minsk II hinaus: Wenn die Ukraine mit dem Rücken zur Wand steht, wird sie »mitgenommen«, um ein Minsk III-Abkommen unter Vermittlung Deutschlands und möglicherweise einiger Staaten des globalen Südens abzuschließen.

Die zwischenzeitlich verstummten Rufe, die USA mögen sich doch mit Putin über die Kriegsbeendigung einigen, werden vor diesem Hintergrund wieder vernehmbarer. Die Biden-Administration scheint bisher nicht gewillt zu sein, über die Zukunft des Krieges nachzudenken bzw. ob und wie die USA den Krieg durch-

halten kann und will, und durch den beginnenden Präsidentschaftswahlkampf wird der Fokus verstärkt auf innenpolitischen Themen liegen. Die EU engagiert sich vermehrt mit Finanzzusagen über 50 Milliarden Euro bis Ende 2027, kann jedoch allein selbst jene Waffen nicht liefern, die die Ukraine zum Durchhalten benötigt. Die europäische Rüstungsindustrie kann nicht liefern, was nötig wäre, damit die Ukraine gewinnt. Vor die Wahl gestellt zwischen »alles für die ukrainische Front« und der eigenen Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit obsiegt letztere. Der Krieg war und bleibt so ein asymmetrischer. Die Rede davon, dass die Ukraine Europa verteidigt, war nie recht ernst gemeint – die Ukraine bindet russische Kräfte, aber sie ist kein Bündnisfall, weder für die NATO noch einzelne ihrer Mitglieder. Die Ukraine stellt nur sicher, dass die NATO und die EU nicht selbst in einen Krieg mit Russland geraten.

Was bringt 2024?

Die Ukraine demonstriert die russische Verwundbarkeit, während Russland weiterhin Teile der Gebiete von Donezk, Luhansk, Cherson, und Saporischschja kontrolliert. Das militärische Kräftemessen kann sich noch mehrere Jahre hinziehen. Nicht auszuschließen ist, dass es eine dauerhafte Konfrontation mit Phasen intensiver und Phasen reduzierter Gewaltintensität gibt. Das schwärzeste Szenario wäre, dass die Ukraine gänzlich die Kontrolle über die von Russland annektierten Territorien verliert, weitere Geländeverluste erleidet, keine Waffen, Munition und Menschen mehr hat, um sich der russischen Kriegsmaschinerie entgegenzustellen, seine strategische Infrastruktur zerstört wird und die Bevölkerung vom Krieg so zermürbt ist, dass die Rufe nach einem Verhandlungsfrieden um jeden Preis die Oberhand gewinnen.

Ein solches Szenario wird umso wahrscheinlicher, je näher der Wahlkampf in den USA rückt und je mehr die militärischen Bestände der Ukraine an ihre Grenzen kommen. China, Russland und der Iran stiften im Nahen Osten, in Südostasien und in Osteuropa mit einer konzertierten Aktion militärisches Chaos. Im düsteren Szenario streicht der US-Kongress die Mittel, der Westen verliert seine Geschlossenheit, gibt der Ukraine nicht die Waffen, die sie braucht, und die Ukraine verliert. Selbst die nächste und übernächste Generation in der Ukraine hätte sich der russischen Großmannssucht zu erwehren, der Osten Europas müsste dauerhaft mit russischer Bedrohung leben.

Dieses Szenario wäre verhinderbar, wenn das Sondervermögen der Bundeswehr vorerst ganz der Ukraine zugutekommt. Das Fehlen von Langstreckenraketen, von Luftstreitkräften zur Kontrolle des Luftraums, von Gerätschaft zur Minenräumung und von »Jammern« gegen russische Drohnen hat die ukrainische Offensive

in 2023 behindert. Die Ukraine müsste in die Lage versetzt werden, eine Gegenoffensive in 2024 mit kombinierten Waffen zu starten. Präzisionswaffen mit großer Reichweite können dazu beitragen, die Zerstörung der russischen Artillerie, Logistik und Transportinfrastruktur zu beschleunigen.

Russland hat wiederholt mit (nuklearer) Eskalation gedroht. Doch als Frankreich und Großbritannien Präzisionswaffen mit großer Reichweite lieferten, tat Moskau nichts. Die Eskalationsdrohungen sind leer. China hat dem Kreml deutlich gemacht, dass es den Einsatz von Atomwaffen ablehnt. Im Kreml weiß man vermutlich selbst, dass der Einsatz einer Atomwaffe keine Vorteile bringt. Kurzum, »wir«, d. h. die westlichen Unterstützer der Ukraine, sollten die Angst vor Putin überwinden. Sie ist seine schärfste Waffe.

Wenn der Westen der Ukraine die strategischen Ressourcen und hochpräzisen Langstreckenraketen zur Verfügung stellt, könnte das Land die russischen Nachschublieferungen, insbesondere auf der Krim, unterbinden. Der Ukraine wird nichts anderes übrigbleiben, als die eigene Rüstungsindustrie massiv hochzufahren und damit unabhängiger von der volatilen Unterstützung des Westens zu werden. Während das bei der Produktion von Drohnen bereits gut funktioniert – im letzten halben Jahr konnte die heimische Drohnenproduktion um 900 % gesteigert werden auf 50.000 pro Monat – gibt es bei der Fertigung anderer Waffensysteme großen Nachholbedarf. Die Ukraine sollte das Überleben der eigenen Soldaten prioritär schützen, andernfalls wird es noch schwieriger, genügend frische Kräfte zu mobilisieren, und sie sollte versuchen, mit Distanzwaffen, Drohnen und Cyber-Kriegsführung die »rückwärtigen Dienste« Russlands zu treffen. Entweder wird der bisherige artilleriezentrierte Krieg von der Ukraine anders geführt als in den letzten zwei Jahren – als Luft- und Cyberkrieg, woraufhin Selenskyjs Ankündigung einer neuen Teilstreitkraft ausschließlich für die Kriegsführung mit Drohnen hindeutet – oder Russlands Hebel ist tatsächlich länger. Dies wird voraussichtlich bedeuten, dass die ukrainische Armee wie im Fall von Awdijiwka weitere bisher gehaltene Gebiete preisgeben muss. Das Jahr wird entweder in eine technologisch überlegene, für die Ukraine ressourcenschonende Kriegsführung münden oder zum schleichenden Kollaps der Ukraine führen.

Minimalziele

Eine Beendigung des Krieges ist nur denkbar, wenn Putin keine andere Wahl hat und die internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine robust sind. Die Ukraine möchte im Mindesten den territorialen Status quo von vor dem 24. Februar 2022 wiederherstellen, die Zugänge zum Schwarzen Meer und zum Asowschen

Meer bewahren, jegliche Vetomacht Russlands über die ukrainische Innen- und Außenpolitik ausschließen und einen Zustand erreichen, der künftige russische Angriffe hinreichend abschreckt. Um einen schmutzigen Frieden oder Siegfrieden Putins zu verhindern, müsste »der Westen« seine roten Linien definieren und gegenüber der Öffentlichkeit kommunizieren.

Eine Minimierung der Kriegsziele würde nur dann eine Kriegsbeendigung näher rücken lassen, wenn sie symmetrisch verlief, denn gingen der Ukraine die Waffen aus, würde Russland seine Kriegsziele nur ausweiten, während umgekehrt die Ukraine ihre Kriegsziele in Abhängigkeit von schwindenden russischen Kriegsressourcen ausweiten dürfte. Eine Drosselung von Waffennachschub würde nur die Kriegsziele der schwächeren Partei begrenzen und damit zum Sieg der stärkeren Partei beitragen.

Wie könnte Russlands Regime dazu gebracht werden, seine Kriegsziele zu minimieren? »Realisten« könnten den ideologischen Gesinnungstätern in den Arm fallen. Die Rivalitäten und Schuldzuweisungen zwischen den Machtzentren nehmen zu, auch die Spannungen zwischen dem Zentrum und den Regionen. Der Krieg ist schon heute nicht mehr populär, selbst wenn es eine diffuse vaterländische Eintracht gibt. Die Sanktionen schränken den Lebensstandard spürbar ein. Die öffentliche Stimmung könnte noch kippen. Der Unmut über die Kriegsfolgen in Russland wird trotz der Propaganda wachsen, gerade in den Großstädten und in Teilen der Eliten.

Abkommen zur Befriedung

Für Friedensabkommen müssen die Gegner erschöpft sein. Frieden muss mehr Sicherheit bieten als Krieg und die Lasten spürbar reduzieren. Ein Friedensabkommen müsste nicht nur robuste Sicherheitsgarantien für die Ukraine klar definieren, sondern auch die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen, das Recht auf Rückkehr, die Reparationen, den Status der besetzten Gebiete (einschl. der Krim), den Wiederaufbau, die Grenze zwischen Russland und der Ukraine, die Art der Friedenssicherung an der künftigen »Kontaktlinie« und die Bündniszugehörigkeit der Ukraine klären.

Über den Autor:

Apl. Prof. Dr. *Andreas Heinemann-Grüder* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und forscht am Bonn International Centre for Conflict Studies; er leitete ein Projekt zu den irregulären bewaffneten Gruppen im Ukraine-Konflikt, forschte zu De-facto-Regimen und publizierte jüngst (zs. mit C. Crawford und T.B. Peters) »Lehren aus dem Ukraine-Konflikt«, Verlag B. Budrich 2022.

Jede Kriegsbeendigung ist mit schweren Entscheidungen verbunden, die politisch verkauft werden müssen. Entweder wird die territoriale Integrität und Souveränität eines Landes gewährleistet oder ein »Land für Frieden«-Deal geschlossen. Der Kampf um Erhalt der territorialen Integrität kann einen langanhaltenden Krieg nach sich ziehen, der die Lebensfähigkeit des Landes bedroht. Der Krieg kann mit der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit enden oder mit einem Friedensabkommen, das die Kriegsschuld außen vorlässt. Darüber hinaus sind sich die Kriegsgegner uneins, ob ein langer oder kurzer Krieg zum eigenen Vorteil gereicht, man also weiterkämpfen oder sich einigen soll. Je länger der Krieg andauert, umso schwieriger wird eine Reintegration der derzeit von Russland kontrollierten Menschen und Gebiete, denn über kurz oder lang wird jeder, der unter russischer Besatzung lebt, Kompromisse machen müssen, die von ukrainischer Seite wiederum als Kollaboration ausgelegt und verfolgt werden. Die Befreiten könnten Angst vor den Befreiern bekommen. Schließlich will keine Seite zuerst Kompromissbereitschaft signalisieren, weil sie als Zeichen der Schwäche ausgelegt würde. Mit welchem Kriegsergebnis könnten die Machthaber in Moskau und Kyjiw und die Bevölkerungen leben?

Die Kriegsbeendigung kann nicht an den Kollaps des putinschen Regimes geknüpft werden. Die Kriegsbeendigung kann ebenso wenig von der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und der NATO abhängig gemacht werden, selbst wenn dies längerfristig die einzige Sicherheitsgarantie sein wird. Maximale Kriegsziele können nur infolge von Sicherheitsgarantien, an denen China und die USA mitwirken müssen, begrenzt werden. Die westlichen Unterstützer sollten deshalb zusammen mit der Ukraine bald konkrete Vorstellungen von den unverzichtbaren Inhalten eines Friedensabkommens entwickeln. Ein Zwischenschritt können Inseln der Übereinkunft sein, z. B. das Getreideabkommen, örtlich und zeitlich begrenzte Waffenstillstände oder der Gefangenaustausch, und ein internationalisiertes Übergangsregime in Gebieten sein, die derzeit noch von Russland kontrolliert werden.

Die aktuelle Lage an der Front

Von Nikolay Mitrochin (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Die Lage an der Front wird seit November 2023 halb-offiziell mit den Worten »strategische Sackgasse« beschrieben. Die große ukrainische Gegenoffensive, die für den späten Frühling 2023 an der Saporischschja-Front im Süden geplant war, in vollem Umfang jedoch erst im Juni begann, scheiterte bereits von Anfang an. Bei den erfolglosen, aber hartnäckigen Versuchen, die gut vorbereitete und befestigte russische Frontlinie zu durchbrechen, verloren die ukrainischen Streitkräfte in vier Monaten heftiger, allerdings gleichförmiger Angriffe in Kleingruppen, Soldat:innen im Umfang von zwei Armeekorps sowie eine große Menge westlichen und ukrainischen Kriegsgeräts. Befreit wurden allerdings nur zwei unbedeutende Steppenstreifen von jeweils ca. 10 mal 15 bzw. 17 Kilometern mit einem Dutzend zerstörter Dörfer. Wesentlich erfolgreicher waren die ukrainischen Landungsoperationen am linken Ufer des Dnipro. Dadurch konnten die ukrainischen Streitkräfte (trotz des mutmaßlich von russischen Kräften gesprengten Staudamms bei Kachowka) viele Inseln im Flussbett des Dnipro wieder unter ihre Kontrolle bringen. Auch wurden einige kleinere Brückenköpfe am linken Ufer geschaffen. Im Bereich dieser Stellungen ist es nun allerdings die russische Armee, die bei Versuchen, die ukrainischen Kräfte zurück über den Dnipro zu treiben, viel Gerät verliert. Die ukrainischen Einheiten nutzen dabei den Schutz durch eigene Artillerie und Drohnen, die vom höhergelegenen rechten Ufer operieren. Dennoch sind die ukrainischen Streitkräfte ein ums andere Mal nicht in der Lage, den Nachschub auf einem Niveau zu sichern, um ein Vorrücken in die Tiefe der russischen Verteidigungsstellungen zu ermöglichen und schweres Gerät und Artillerie über den Fluss zu transportieren. Diese Situation führt zu erheblichen Verlusten der dort befindlichen Infanterie und zu entsprechenden Versorgungsschwierigkeiten.

Ukrainische Erfolge...

Der erfolgreichste Teil der ukrainischen Sommeroffensive war schließlich die Vertreibung der russischen Schwarzmeerflotte, und zwar zunächst aus dem westlichen Teil des Schwarzen Meeres und dann aus deren Stützpunkten auf der Krim (zumindest von deren westlichen Teil). Das erfolgte aufgrund einer gut durchdachten und konsequenten ukrainischen Strategie und dem Einsatz moderner innovativer Technologien (Angriffsdrohnen zu Wasser und in der Luft, von westlichen Verbündeten gelieferte Langstreckenraketen, hochwertige Aufklärung per Satellit und aus der Luft). Zudem wurden russische Stellungen und Schiffe im Schwarzen Meer

systematisch und erfolgreich angegriffen und die wichtigsten Elemente der Luft- und Raketenabwehrsysteme auf der Krim und in den benachbarten Gebieten vernichtet. Zuletzt wurde am 14.02. das Landungsschiff »Caesar Kunikow« mit Seedrohnen angegriffen und versank daraufhin vor der Küste der Krim. Es erfolgten auch Angriffe auf Stellungen auf der Krim, vor allem auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol mit Hilfe diverser Waffensysteme.

Die Gründe für Misserfolge in einer Richtung und Erfolge in einer anderen lassen sich wohl durch die jeweils unterschiedliche Zuständigkeit im militärischen Apparat erklären. Die Streitkräfte des Heeres unterstehen vollkommen dem Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj bzw. dessen Nachfolger, Oleksandr Syrskyj, während auf dem Schwarzen Meer die Flotte, die Raketeneinheiten und der Militäргеheimdienst (HUR) operieren (die teils für Marineoperationen, teils für Angriffsdrohnen aus der Luft zuständig sind). Dementsprechend lassen sich zwei militärische Führungsstile feststellen. An der Südfront bei Saporischschja wird die kontinuierliche und schon nicht mehr wirkungsvolle Taktik des Oberkommandos verfolgt, in »Kleingruppen« und in Richtungen anzugreifen, die dem Gegner bereits bekannt sind. Im Schwarzen Meer hingegen erfolgen ständige Experimente unter Einsatz diverser Waffensysteme, die unterschiedlich kombiniert werden und sich jedes Mal gegen unerwartete Ziele richten. Das gewährleistet hier die Wirksamkeit.

Bis zum Januar 2024 hat die Ukraine rund 20 Prozent der gesamten russischen Schwarzmeerflotte versenkt (unter anderem einige große Schiffe der ersten Kategorie), eine Vielzahl teurer und seltener Luftabwehrsysteme außer Gefecht gesetzt (unter anderem ein Frühwarn- und Fernlenksystem an Bord einer Berijew A-50 und eine Kommandozentrale an Bord einer Iljuschin IL-22M) sowie einen beträchtlichen Teil der Residenz der Flottenleitung in Sewastopol zerstört.

... und Misserfolge und Probleme

Darüber hinaus führten die Misserfolge und die Verluste ukrainischer Kräfte, die es im Sommer 2023 an verschiedenen Stellen der Festlandsfront gab, wie auch die verspäteten westlichen Waffen- und Munitionslieferungen dazu, dass die ukrainischen Streitkräfte unter einem heftigen Mangel an Personal, Munition und Gerät leiden. Daher besteht erstens eine zentrale Frage darin, wie neue Ersatzkräfte für die Armee mobilisiert werden können, um jene abzulösen, die bereits anderthalb oder zwei Jahre an der Front kämpfen. Das zweite große Problem ist,

das die ukrainischen Streitkräfte aktuell nur ein Fünftel der Munition einsetzen können, die die russischen Einheiten verfeuern (vgl. Grafik 2, S. 30). Außerdem verfügt die ukrainische Armee nicht über genügend schweres Gerät, um eine neue Offensive zu starten. Die Ukraine hält dennoch weiterhin an ihrem politischen Ziel fest, das Land militärisch bis zu den Grenzen von 1991 zu befreien.

Das Jahr 2023 hat allerdings gezeigt, dass dies kaum möglich sein wird. Die russischen Streitkräfte haben im gesamten Frontverlauf mächtige Verteidigungsstellungen errichtet. Nach den Vorstößen ukrainischer Sabotage-Gruppen in grenznahe russische Gebiete, die im Frühjahr und Sommer 2023 erfolgten, hat Russland auch die langgestreckte ukrainische Grenze zu den Gebieten Brjansk, Kursk und Belgorod befestigt.

Während die ukrainischen Streitkräfte zwar unter gewissen Voraussetzungen auf erfolgreiche Landungsoperationen ans linke Ufer des Dnipro und die Befreiung einiger Gebiete hoffen können (etwa der Kinburn-Halbinsel und der gleichnamigen Nehrung, die vom rechten Dnipro-Ufer leicht zu beschießen sind), kann von einer Befreiung des Donbas kurz- und mittelfristig keine Rede sein. Eine Stürmung der Ballungsräume Donezk und Luhansk wäre von keiner Armee der Welt zu stemmen, weil dies eine riesige Menge Munition erforderte und unter den anstürmenden Truppen zu Zehntausenden Toten führen würde.

Russland diskutiert neue Vorstöße

Die praktischen Aufgaben, vor denen die ukrainischen Streitkräfte stehen, sind ganz andere. Die russischen Streitkräfte, die vom Frühjahr bis Herbst 2023 Reserven angesammelt und von der russischen Rüstungswirtschaft neues Gerät erhalten haben (nach westlichen Schätzungen werden in Russland monatlich etwa 130 neue Panzer produziert; Nordkorea und Iran liefern beträchtliche Munitionsvorräte, vor allem Artilleriegranaten), gehen seit November sowohl an der Donezker Front bei Awdijiwka wie auch weiter nördlich (in der Gegend von Bachmut, Kreminka und Kupjansk) offensiv vor. Ihre Erfolge sind zwar nicht groß, insbesondere, wenn man die enormen Verluste berücksichtigt (vgl. Grafik 3, S. 30), doch konnten sie einige Siedlungen einnehmen und fast alles zurückerobern, was im Zuge der ukrainischen Sommeroffensive in der Gegend von Bachmut verloren gegangen war. Das wichtigste (politische) Ziel ist ein Vorrücken bis zu den administrativen Grenzen des Gebietes Luhansk (hier fehlen buchstäblich nur noch ein paar Kilometer bei einer Frontlänge von 50 Kilometern). Das gleiche

gilt für das Gebiet Donezk (dort müssten allerdings auf einem Gebiet von 100 mal 30 Kilometern über ein Dutzend Städte erstürmt werden). Angesichts der verfügbaren Ressourcen und des Tempos, mit dem die russischen Truppen vorrücken, erscheint das aktuell aber absolut unrealistisch. Selbst wenn Russland neue Stoßtruppen aufstellen und ausrüsten sollte, würde es mehrere Jahre benötigen, die mächtigen ukrainischen Befestigungen in dieser Region zu stürmen.

In Russland wird jetzt (auch öffentlich) diskutiert, welche Aussichten es hätte, Reserveeinheiten in den Nordosten der Ukraine zu schicken, in die Grenzregionen der Gebiete Charkiw, Sumy und Tschernihiw. Man könnte dadurch eine Art »Pufferzone« einrichten, die die Intensität ukrainischer Angriffe auf die grenznahen Regionen Russlands verringern würde. Für die ukrainischen Streitkräfte, den Grenzschutz und die Einheiten der Territorialverteidigung, die die Grenzen sichern, wäre ein solcher Vormarsch zweifellos eine Herausforderung, da in der bewaldeten Grenzregion schon jetzt russische Sabotage- und Aufklärungsgruppen unerkannt bis zu fünf, zehn Kilometer auf ukrainisches Territorium vordringen. Das bedeutet, dass es dort trotz aller Erklärungen der militärischen und politischen Führung der Ukraine immer noch keine systematischen Befestigungen und Minenfelder gibt.

Ausblick

Somit dürfte die (bereits verkündete) Taktik der ukrainischen Streitkräfte für 2024 darin bestehen, russische Vorstöße an Land abzuwehren, Russland auf der Krim und dem Schwarzen Meer weiter unter Druck zu setzen (womöglich werden die Russen nicht nur ihre Flotte von der Krim abziehen müssen, sondern auch einen großen Teil der Luftwaffe) und die eigene Armee mit Mobilisierten und Kriegsmitteln aufzufüllen. Die Taktik der russischen Streitkräfte dürfte offensichtlich darauf hinauslaufen, die ukrainischen Truppen an einigen Schlüsselstellen der Donezker Front permanent unter Druck zu setzen (vor allem bei Awdijiwka, in Richtung Lyman und westlich von Bachmut). Sie werden wohl auch weiterhin versuchen, die ukrainischen Stellungen am linken Dnipro-Ufer zu beseitigen und womöglich im ersten Halbjahr in die Wälder im Nordosten der Ukraine vorzudringen, um die erwähnte Pufferzone zu schaffen. Letzteres würde den Bewohner:innen der Grenzregion zwar wenig helfen, dürfte aber die Eitelkeit der russischen zivilen und militärischen Bürokrat:innen durch die Illusion eines lokalen »Sieges« befriedigen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Nikolay Mitrokhin* ist assoziierter Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Für die Zeitschrift OSTEUROPA schreibt er regelmäßig in einem Blog (<https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/themenschwerpunkt/fokus-krieg-in-der-ukraine/>) über aktuelle Entwicklungen des russisch-ukrainischen Krieges.

Wie sich der russisch-ukrainische Krieg 2024 entwickeln könnte

Von Gustav C. Gressel (European Council on Foreign Relations, Berlin)

Der Ukraine steht ein schwieriges Jahr bevor 2024 wird eines der schwierigsten Jahre für die Ukraine seit dem Rückzug der russischen Truppen aus den Regionen Kyjiw und Sumy im März–April 2022. Viele Versäumnisse der internationalen Unterstützer, etwa die Produktion von Munition und Ersatzteilen viel zu spät hochzufahren und keine Beschaffungsprogramme für diverse Waffensysteme und Gefechtsfahrzeuge einzuleiten – um Gerät für die Ukraine freizumachen – werden sich dieses Jahr besonders bemerkbar machen. Die Knappheit an Material und Munition wird es der Ukraine 2024 kaum erlauben, neue substanzielle Gegenoffensiven zu unternehmen. Vielmehr wird man in der Defensive bleiben und dort die Voraussetzungen für neue Offensiven im Jahr 2025 schaffen: Dazu gehört erstens, die russischen Streitkräfte so weit wie möglich abzunutzen; zweitens die eigenen Kräfte zu konsolidieren, zu erfrischen und den Ausbildungsstand und die Leistungsfähigkeit auf einen gemeinsamen, höheren Stand zu bringen; und drittens, Lehren aus der gescheiterten Gegenoffensive von 2023 in technischen und taktischen Belangen zu ziehen und diese in neue Systeme wie Streitkräftestrukturen einzubauen. Dafür braucht die Ukraine Zeit.

Allerdings ist aus ukrainischer Sicht ein defensives Jahr militärisch leicht zu erklären, politisch aber umso schwieriger zu rechtfertigen. In den USA stehen Wahlen an und Donald Trump wird allem Anschein nach erneut der Rivale von Joe Biden. Die Republikaner und allen voran Trump werden den US-Präsidenten unter Druck setzen, die Ukraine an den Verhandlungstisch zu zwingen. Ähnliche Stimmen gibt es auch in der Demokratischen Partei. Genauso werden in Europa Putinversther:innen trommeln, der Konflikt sei längst eingefroren und ein Sieg der Ukraine illusorisches Gerede. Sie werden Verhandlungen fordern, und die Einstellung der militärischen Unterstützung als Druckmittel einsetzen wollen, um den angeblich nicht kompromissbereiten Selenskyj an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Russland ist nicht bereit, von seinen Kriegszielen abzurücken

Diese Annahme ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, weil sie die russische Taktik, Verhandlungen als Mittel zur Unterbindung von Waffenlieferungen an die Ukraine einzusetzen – und somit die eigenen militärischen Siegesaussichten zu verbessern – aufgehen lässt. Der Ruf nach Verhandlungen ist einfach zu erheben, aber schwer umzusetzen. Denn erstens will Russland nicht mit der Ukraine, sondern rein mit dem Westen verhandeln. Dem Westen soll ein Tauschhandel unter-

breitet werden – etwa die Ukraine gegen Venezuela zu tauschen, wie Fiona Hill ein früheres russisches Angebot beschrieb – von seinen ursprünglichen Kriegszielen rückt der Kreml aber keinen Millimeter ab. Würde der Kreml davon absehen, die Ukraine als Ganzes zu unterwerfen, sich große Teile in das eigene Imperium einzuverleiben und den Rest als Marionettenstaat im Unionsstaat über einen eingesetzten Statthalter zu verwalten, würde Putin auch von seiner lang gehegten Strategie abrücken, Russland wieder zur Weltmacht, vor allem aber zu der Europa militärisch dominierenden Macht zu machen. Ein Russland, das sich noch mit den anderen 80 % der Ukraine herumschlagen müsste, wäre eine Regionalmacht. Ein Russland, das die Grenzen der Sowjetunion de-facto wiederherstellt, wäre hingegen eine Weltmacht. So eine einschneidende Zäsur in die eigenen imperialen Pläne zuzulassen, ist der Kreml noch nicht Willens.

Zudem will Russland den Westen in Verhandlungen taktisch binden, nicht um einen Frieden auszuhandeln, sondern um dessen Waffenlieferungen an die Ukraine einzuschränken. Ein offener Verhandlungsprozess, der zu nichts führt, den Krieg und die russische Rüstungsproduktion nicht unterbricht, aber im Westen den Druck erzeugt, die Verhandlungen nicht »durch Eskalation zu gefährden« wären ganz nach Moskaus Geschmack. Ähnlich wurden die Minsker Verhandlungen durch die deutsche Politik als Alternative zu Waffenlieferungen gesehen, und haben so dazu beigetragen, dass die Ukraine in diesen Krieg mit einer erheblichen materiellen Unterlegenheit ging. Man kann es drehen wie man will: ernsthaftes, zu Waffenstillstand oder gar Frieden führende Verhandlungen wird es 2024 nicht geben. Die Zukunft der Ukraine, und damit auch der europäischen Sicherheitsordnung, wird auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Und dort wird 2024 ein extrem schwieriges Jahr.

Die andere bestimmende Größe in diesem Jahr ist die US-amerikanische Innenpolitik. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten führen ihre Munitionsproduktion so spät hoch – und das Hochfahren der Produktion von gepanzerten Fahrzeugen und komplexeren Waffensystemen steht noch aus – dass es 2024 nicht möglich sein wird, ein Ausfallen der USA zu kompensieren. Nur im Verbund mit den Vereinigten Staaten kann die Ukraine mit einem lebenserhaltenden Minimum an Nachschub versorgt werden. Eine Substitution der USA durch Europa – allerdings erneut am äußersten defensiven Minimum – ist frühestens 2025 möglich.

Unter den aktuellen Bedingungen sind drei Szenarien möglich, die im Folgenden kurz skizziert werden.

Das positive Szenario: Erfolgreiche Vorbereitung für neue Erfolge

Sollte Donald Trump aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung aus dem US Wahlkampf ausscheiden und die Ukraine-Unterstützerin Nicky Haley die Republikanische Präsidentschaftskandidatin werden, würde sich nicht nur der Ton im Wahlkampf, auch das Auftreten der republikanischen Partei in beiden Häusern ändern. Biden würde dann unter Druck geraten, mehr für die Ukraine zu tun und die amerikanische Rolle in der Welt durch militärische Stärke zu unterstreichen. Das innenpolitische Klima wäre weit permissiver für Lieferungen modernerer F-16C/D aus US-Beständen mit entsprechender Bewaffnung, ATACMS, und einer aktiveren Unterstützung der ukrainischen Rüstungsindustrie.

Dies würde es der Ukraine ermöglichen, nicht nur in der Verteidigung den russischen Truppen erhebliche Verluste zuzufügen. Die ukrainische Armee kann unter einer besseren Materialdecke auch neue Systeme und Verfahren testen, um wieder in den Bewegungskrieg zu kommen. Das Material, diese Verfahren auch im größeren Stil anzuwenden, wird freilich auch unter optimistischen Bedingungen erst 2025 verfügbar sein. Die Ukraine nutzt das Jahr in der Defensive auch, um interne Probleme anzugehen: Überalterung, fehlende Rotationen der in der Front eingesetzten Kräfte, uneinheitlicher Trainings- und Ausbildungsstand vor allem im Offizierskorps, Schwächen bei der operativen Planung, und Kohäsionsprobleme bei neu aufgestellten Verbänden. Damit schafft die Ukraine 2024 die Vorbedingungen, eine Verbesserung ihrer materiellen Lage 2025 entscheidend nutzen zu können und eine Wende im Krieg hin zur russischen Niederlage einzuleiten.

Das mittlere Szenario: durchwursteln

Auch wenn Donald Trump der Herausforderer Bidens wird, könnten sich die Republikaner im Repräsentantenhaus und Senat taktisch verhalten und die Unterstützung der Ukraine an Zugeständnisse in Migrationsfragen und anderen Themen knüpfen. Damit würde die amerikanische Militärhilfe weiterlaufen, allerdings wird es keine qualitative Steigerung zum bisher geleisteten geben.

Die Ukraine wird damit die Front halten und größere Durchbrüche der russischen Armee verhindern können. Das schließt nicht aus, dass die Front sich hier und dort leicht verschiebt, um dem Druck standzuhalten. Exponierte Positionen, wie jüngst Awdijiwka, müssen geräumt werden, aber ohne den russischen Kräften weiter Durchbrüche in die ukrainische Tiefe zu erlauben. Keine dieser Rücknahmen hat aber operative Bedeutung. Russland gewinnt nur marginal neuen Raum.

Ältere, von Europäern zur Verfügung gestellte F-16A/B Kampffjets übernehmen die Rolle, die zuvor

von Flugzeugen sowjetischer Bauart ausgeführt wurden: sie halten die russische Luftwaffe dem ukrainischen Luftraum fern. Luft-Boden Einsätze können aber aufgrund mangelnder Munition und der veralteten bord-eigenen Störsender nur sporadisch oder unter riskanten Bedingungen geflogen werden.

Die Rada ringt sich zu einem neuen Gesetz zur weiteren Mobilmachung durch und ermöglicht den ukrainischen Streitkräften, Teile ihrer Brigaden von der Front zu ziehen, um sie zu regenerieren und zu trainieren. Einige der unterbesetzten neu aufgestellten Brigaden werden aufgelöst und Kräfte umverteilt, um wieder leistungsfähige Verbände zu schaffen. Während die Ukraine die personellen Probleme ihrer Streitkräfte selbst korrigieren kann, bleibt die materielle Situation angespannt: für Systeme aus sowjetischen Beständen ist die Munition äußerst knapp, während Systeme westlicher Herkunft nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind und für viele ältere Systeme chronischer Ersatzteilmangel herrscht. Das Hochfahren der ukrainischen Rüstungsproduktion schreitet zwar voran, die Produktionszahlen sind 2024 aber immer noch zu gering, um die Ausfälle an der Front wettzumachen. Dieses zwingt die Ukraine, kostbares Material zu schonen und höhere Personalverluste in Kauf zu nehmen. Das wirkt sich negativ auf die Moral und Freiwilligenmeldungen aus.

In diesem Szenario kann die Ukraine zwar das schwierige Jahr 2024 meistern, aber nur in ungenügendem Maße Voraussetzungen schaffen für erfolgreiche offensive Vorhaben in 2025. Die Präsidentschaftswahl in den USA entscheidet mit darüber, wie es in der Ukraine weitergeht.

Das negative Szenario: der Anfang vom Ende

Die Republikaner wollen Biden in erster Linie scheitern sehen und verhalten sich daher ausschließlich destruktiv. Jeder Kuhhandel wird ausgeschlagen, oder an innenpolitisch für Biden unververtretbare Forderungen geknüpft. Das Ausbleiben amerikanischer Lieferungen wird sich besonders in der ersten Hälfte des Jahres 2024 stark bemerkbar machen, da die EU, selbst wenn sie wollte, nicht für amerikanische Lieferungen einspringen kann. Dazu wurden die Produktionskapazitäten zu spät hochgefahren, wie die Verzögerungen beim EU-Munitionsplan belegen.

Dadurch gerät die ukrainische Armee zunehmend unter Druck. Russische Einbrüche sind kaum zu vermeiden, und um sie nicht zu Durchbrüchen ausweiten zu lassen muss die ukrainische Armee die Front signifikant zurücknehmen. Damit erreicht Putin sein Zwischenziel, die Donezker und Luhansker Oblast zu erobern, und kann weitere Offensiven Richtung Char-kiw, Saporischschja und Dnipro vorbereiten.

Die angespannte Lage erlaubt es der Ukraine nicht, Verbände von der Front zu nehmen und zu erfrischen, geschweige denn, die Mängel im Bereich Training und Kohäsion systematisch zu beheben. Ende des Jahres sind die meisten Brigaden abgekämpft und personell wie materiell erschöpft.

Lieferungen nordkoreanischer und iranischer ballistischer Raketen erschöpfen den Vorrat an Patriot Raketen, die ohne die USA nicht in erforderlicher Quantität nachgeliefert werden können. Die Intensität der russischen Luftangriffe steigt über das Jahr stetig an, auch die wenigen alten F-16, die aus Europa geliefert werden, können diesen Druck nicht lindern. Die russische Luftwaffe dringt öfter und tiefer mit Kampfflugzeugen in den ukrainischen Luftraum ein, um die ukrainische Rüstungsindustrie anzugreifen. Somit kann diese auch wenig Nachschub für die Front produzieren.

Am Ende des Jahres gewinnt Donald Trump die US Präsidentenwahl. Seine Ankündigung, US-Streitkräfte aus Europa unverzüglich abzuziehen, löst Panik unter den europäischen Regierungen aus. Aus Furcht, von Amerika im Stich gelassen zu werden sowie vor einer russischen Bedrohung, wird den eigenen Streitkräften im Zulauf neuer Munition und Gerät absolute Priorität zugemessen. Lieferungen an die Ukraine kommen damit zum Erliegen.

In der Ukraine setzt eine neue Fluchtwelle ein, da viele einen russischen Sieg fürchten und ihre Familien außer Landes schicken. Die Aussicht auf »Entnazifizierung« – also die Auslöschung der intellektuel-

len, kulturellen, politischen und administrativen Elite des Landes – und russische Besatzungsgräueltaten machen die Entscheidung zur Flucht alternativlos. In der EU werden die Kosten für die Absorption von Millionen neuer Geflüchteter die Kosten für die militärische Unterstützung Kyjiws bei weitem übersteigen. Die Ukraine selbst versucht noch mit allen Mitteln den militärischen Widerstand weiter zu führen, ohne internationale Unterstützung scheint dies aber als aussichtsloses Unterfangen.

Fazit

Die Szenarien stellen drei unterschiedliche Entwicklungen vor, die auch in abgewandelter Form durchaus möglich sind. Ein weiteres Ereignis, das in den Szenarien nicht behandelt wurde, aber durchaus realistisch ist, ist eine erneute russische Mobilmachung nach den Präsidentschaftswahlen. Dazu könnte Russland schreiten, wenn es nicht gelingt, durch Anreize und Druck genügend »Freiwillige« zu generieren. Allerdings liegt allen drei Szenarien zu Grunde, dass Moskau genügend Menschenmaterial hat, in 2024 weitgehend offensiv vorzugehen. Das Material (Kampf-, Schützen- und Mannschaftstransportpanzer) könnte knapp werden, wenn Russland es nicht schafft, seine Materialverluste einzugrenzen. Denn auch wenn Russland noch über größere Lagerbestände an Altgerät aus dem Kalten Krieg verfügt, sollte es nicht mehr Gerät verlieren, als es davon pro Jahr wieder instand setzen kann. Und seine diesbezüglichen Kapazitäten sind begrenzt.

Über den Autor

Dr. *Gustav Gressel* ist Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin. Der Politikwissenschaftler ist spezialisiert auf sicherheitspolitische und militärstrategische Fragen mit Fokus auf Osteuropa und Russland. Vor seiner wissenschaftlichen Laufbahn war Gressel unter anderem mehrere Jahre in militärischen Diensten in seiner Heimat Österreich.

Die Ukraine wird sich nicht durchsetzen, wenn der Westen seine eigene Handlungsfähigkeit verleugnet

Von James Sherr (International Centre for Defence and Security, Tallinn)

Eine Allianz fault, wie ein Fisch, vom Kopfe her. 2023 haben die USA viel von ihrem Selbstbewusstsein verloren. Angesichts der näher rückenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen besteht eine ernste Gefahr darin, dass eine zweite Trump-Amtszeit dieses Selbstvertrauen auf einer üblen, nativistischen Grundlage wieder aufleben lassen könnte. Und zwar entgegen den Kerninteressen des Westens insgesamt wie auch entgegen denen der Vereinigten Staaten. Die zweite Gefahr ist, dass dieser

Verlust des Selbstvertrauens – und des Glaubens – sich auf die Ukraine überträgt, auf das Gravitätszentrum dessen, was Dmitrij Trenin als »totalen, bislang noch hybriden Krieg« gegen den Westen bezeichnete.

Dieser Verlust des Selbstvertrauens wurzelt weder im Militärischen noch im Materiellen, sondern ist vielmehr moralischer, psychologischer und intellektueller Natur. 2019 hatte Putins Berater Wladislaw Surkow erklärt, Russland unternehme etwas viel Ernsteres, als sich in

Wahlen im Westen einzumischen, denn es nehme sich »dessen Kopf vor«. Die immer noch unterschätzte Reichweite von Russlands hybridem Krieg ist aber nicht die einzige Quelle der Desorientierung des Westens. Die Erinnerung an einen langwährenden, intensiven Krieg von industriellem Ausmaß ist in weiten Teilen des Westens verschwunden, ebenso wie die Überraschungen des Krieges, seine Nöte und Rückschläge. Mehr noch: Unter dem Eindruck der heutigen Herausforderungen und Sorgen (Klimawandel, Migration etc.) ist das Wissen über das 20. Jahrhundert, über ein Jahrhundert der großen Kriege, auf ein beängstigendes Niveau gesunken. Also sollten wir nicht erstaunt sein, dass die Enttäuschung über die bescheidenen Ergebnisse der ukrainischen Gegenoffensive im Sommer eine Flut von Untergangsprognosen ausgelöst hat, einschließlich ahistorischer Warnungen über die Unmöglichkeit, Russland zu besiegen.

Weisheit beginnt damit, sich von Irrtümern zu befreien. Statische Analysen bieten keine Grundlage für langfristige Prognosen. Es gibt jetzt viele, die mit fadenscheinigen Begründungen ultimative Schlüsse aus der gegenwärtigen Phase eines Stellungskrieges ziehen. Es trifft zwar zu, dass Russland über beeindruckende Stärken verfügt und – entgegen der Erwartungen vieler – auf Fehler reagiert sowie sein Vorgehen geändert und angepasst hat. Heute ist offensichtlich, dass bei einer Reihe wichtiger militärischer Fähigkeiten der Unterschied zu Gunsten Russlands ausfällt. Und diese Diskrepanz könnte sich im Laufe dieses Jahres sehr wohl verschlimmern; selbst dann, wenn die US-Gelder freigegeben werden sollten.

Diesen ernstesten Nachteilen steht gegenüber, dass Russland die Hälfte der Gebiete, die es 2022 erobert hatte, wieder verlor. Und trotz der Erneuerung und Aufstockung seiner Streitkräfte und dem Übergang zu einer Kriegswirtschaft hat es nur sehr wenig davon zurückgewonnen. Die russische Luftoffensive vom Winter 2022/23, die die strategische Infrastruktur der Ukraine zerstören, wie auch deren Widerstandskraft brechen sollte, scheiterte. Ohne Hilfe von außen wäre Russlands vielbeschworener Vorteil bei der Artillerie nicht ausreichend, um das gegenwärtige Niveau seiner Operationen aufrechtzuerhalten. Zwar sind jetzt 38 Prozent des Staatshaushalts den Bereichen Verteidigung und Sicherheit gewidmet. Doch ein beträchtlicher Teil davon wird durch Inflation, Verschwendung und Buchungstricks aufgezehrt. Im Schwarzen Meer hat die Ukraine den Spieß zum Teil umgedreht und könnte dies vollenden, obwohl sie über keine nennenswerte Marine verfügt.

Über den Autor

James Sherr ist Experte für Russland, die Ukraine und Sicherheitspolitik. Gegenwärtig ist er Honorary Fellow des International Centre for Defence & Security in Tallinn und Associate Fellow beim Russland- und Eurasien-Programm von Chatham House.

Was das Kräfteverhältnis ändert ist der externe Faktor: durch die Shahed-Drohnen aus dem Iran, durch Raketen und eine Million Artilleriegranaten aus Nordkorea, und durch den Krieg in Gaza, der für Russland eine »strategische Ablenkung« der Aufmerksamkeit und der Anstrengungen der USA mit sich bringt. Diese Anstrengungen waren schon durch die selbst auferlegten Beschränkungen der Biden-Administration lahmgelegt worden. 2022 hatten die USA die Mittel und den Konsens in beiden politischen Lagern, die russischen Streitkräfte in die Defensive zu bringen und sie dort zu belassen. Stattdessen hat die Furcht der Biden-Administration vor einer russischen (nuklearen) Eskalation das strategische Denken erstickt, die Abschreckung geschwächt und Russland ermöglicht, die Regeln des Konflikts zu bestimmen. Dieses moralische Zögern hat Putin die nötige Atempause verschafft und den Trumpschen Nihilisten ein bequemes Angriffsziel geboten.

Ungeachtet all dieser Faktoren, womöglich aufgrund derselben, ist Europa nicht mehr der wunde Punkt der Allianz. Die Klarheit darüber, was in der Ukraine auf dem Spiel steht, ist jetzt nicht mehr nur auf die Ostflanke der NATO beschränkt. Diese Klarheit ändert aber nichts daran, dass die Fähigkeiten Europas, die Kapazitäten und die Entschlossenheit der USA zu kompensieren, unzureichend sind, zumindest in den nächsten Jahren. Wenn das entschlossene US-Engagement nicht wieder verstärkt wird, dürfte das Ergebnis wohl weniger in Verhandlung und Kompromissen bestehen, sondern vielmehr in einer Mutation des Krieges zu einem Partisanenkrieg von ungeahnter Grausamkeit. Sollte es dazu kommen, könnte es nichts mehr zu entscheiden geben.

Bislang wurde der Wille der Ukraine nicht in Frage gestellt. Trotz der Rationierung und Einsparung ihrer schwindenden Munitionsvorräte, hat die ukrainische Armee es vermocht, allein in diesem Jahr für 30.000 russische Verluste zu sorgen. Wie bei den Waffen und beim Personal gibt es allerdings auch bei der Willensstärke Grenzen. Die Uneinigkeit und die Unentschlossenheit im Westen stellen diese Grenzen in der Ukraine aktuell auf die Zerreißprobe.

Russland hat der Ukraine stets abgesprochen, über eigene Handlungsmacht zu verfügen. Für die Menschen in der Ukraine ist es daher keine große Überraschung, dass dies immer noch so ist. Was aber, wenn der Westen seine eigene Handlungsfähigkeit leugnet? Das ist die Frage, mit der die Ukrainer:innen nie gerechnet haben – aber es ist genau die Frage, vor der wir alle jetzt stehen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Wie funktioniert das ukrainische Parlament in Kriegszeiten?

Von Stanislaw Iwasyk (Nationale Universität Kyjiwer-Mohyla Akademie, Kyjiw)

Um den Zustand einer Demokratie zu beurteilen, kann man untersuchen, wie das Parlament des Landes funktioniert. Der Krieg in der Ukraine macht eine neue Perspektive auf dieses Thema erforderlich. Denn bei einer Ausweitung der exekutiven Befugnisse, wie sie in Kriegszeiten häufig geschieht, trägt das Parlament die Verantwortung dafür, dass das Land nicht in eine Autokratie abrutscht.

Die Ukraine, eine junge Demokratie, befindet sich inmitten des derzeit größten bewaffneten Konflikts weltweit. Ihre Legislative, das Parlament, hat im Verlauf des Krieges auf die Herausforderungen der Kriegszeit und auf Forderungen von Aktivist:innen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum kommunikativ und gesetzgeberisch unterschiedlich reagiert – wobei die Sicherheitsbelange ersterer und die Rufe nach mehr Transparenz letzterer aufeinandertreffen.

Die Entwicklungen seit Invasionsbeginn haben den Dialog zwischen Legislative und Bevölkerung und die Stabilität der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die den Fortbestand der parlamentarischen Funktionen in der ukrainischen Demokratie zu Kriegszeiten absichern, verstärkt in den Blick gerückt.

Sofern nicht anders angegeben, gehen die in diesem Text angeführten Daten auf Untersuchungen eines Expert:innen-Teams des USAID-RADA Next Generation-Programms zurück, die im Bericht [Parliament under Conditions of War: Ukraine's Example](#) vorgestellt werden.

Vom Konsens zur politischen Debatte: das Theater des Kriegs bestimmt die Regeln

Als russische Bodentruppen am 24. Februar 2022 die Grenze von Belarus überquerten und sich auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw zubewegten, begann ein massiver Beschuss der Ukraine. Die Truppen rückten etwa 100 Kilometer auf die Stadt zu, gleichzeitig landeten russische Luftstreitkräfte in Hostomel, rund 30 Kilometer vom Stadtzentrum Kyjiws entfernt, und an anderen Orten in der Nähe.

An diesem Tag kam das ukrainische Parlament zu einer historischen Sitzung zusammen. Sie fand in Präsenz im Parlamentsgebäude statt, auf das leicht russische Raketen hätten ausgerichtet werden können, und dauerte nur neun Minuten. Damit war sie die kürzeste Parlamentsitzung in dieser Legislaturperiode. In diesen neun Minuten verabschiedete das Parlament allerdings zwei Präsidentenverfügungen, durch die das Kriegsrecht verhängt und eine landesweite Mobilmachung angeordnet wurde (laut ukrainischer Verfassung müssen Ausrufung und Verlängerung des Kriegsrechts und die Ein-

berufung zum Wehrdienst vom Parlament genehmigt werden).

Das Parlament arbeitete dann in einem 60-tägigen Ausnahmezustand. Im März 2022 dauerten die Sitzungen durchschnittlich 32 Minuten, im April 2022 durchschnittlich 48 Minuten. Im März 2022 verabschiedete es 83 Prozent seiner Tagesordnungspunkte am Tag ihrer ersten Verhandlung und in erster Lesung – in der Regel sind zwei Lesungen nötig. Über 300 Tagesordnungspunkte wurden in der Zeit des Kriegsrechts ohne Diskussion oder nach nur einer Rede eines Parlamentsmitglieds verabschiedet.

Nachdem die russischen Truppen aus der unmittelbaren Umgebung Kyjiws zurückgedrängt worden waren, intensivierten sich die politischen Aktivitäten im Parlament wieder. Seit Mai 2022 steigt die durchschnittliche Länge einer Parlamentsitzung, derzeit liegt sie bei drei bis vier Stunden. Zum Vergleich: Vor dem Krieg dauerte eine Parlamentsitzung im Schnitt fünf Stunden. Außerdem ist das Parlament zu seinem üblichen gesetzgeberischen Verfahren von zwei Lesungen zurückgekehrt und zwischen April 2022 und Juni 2023 wurden nur noch 20 Prozent der Gesetze am Tag ihrer ersten Lesung verabschiedet. Die politische Debatte ist also ins Parlament zurückgekehrt.

Verlängerung des Kriegs ist parteiübergreifender Konsens

Eine Entscheidung hat allerdings trotz der Rückkehr der politischen Debatte immer die volle Unterstützung – die Präsidentenverfügung zur Verlängerung des Kriegsrechts. Bislang wurde das Kriegsrecht neunmal verlängert und jedes Mal unterstützten alle Fraktionen im Parlament die Initiative.

Außerdem hat sich das ukrainische Parlament trotz der Sicherheitsrisiken seit der ersten Kriegssitzung jedes Mal offline versammelt. Anders als viele andere europäische Parlamente wechselte es auch in der Corona-Pandemie nicht zu Remote-Sitzungen, sondern erlaubte nur digital abgehaltene Ausschusssitzungen.

Das Parlament macht weiter

Warum muss das Parlament in Kriegszeiten weiter funktionieren? Laut ukrainischer Verfassung dauert die Sitzungsperiode an, bis das Kriegsrecht aufgehoben wird. Solange es in Kraft ist, muss das Parlament bis zur Abhaltung von Nachkriegswahlen weiterarbeiten, auch nach Ende der eigentlichen Legislaturperiode. Die aktuelle Wahlperiode des ukrainischen Parlaments endete am 29. Oktober 2023; einer direkten Verfassungsbestimmung entsprechend arbeitet das Parlament dennoch weiter.

Zusätzlich legt Artikel 92 der Verfassung eine Liste von Themen fest, die gesetzlich geregelt werden müssen. Das Parlament darf seine Macht nicht der Regierung übertragen. Der Krieg bildet hier keine Ausnahme.

Die Funktionstüchtigkeit des Parlaments in Kriegzeiten ist also Teil der verfassungsgemäßen Ordnung der Ukraine. Ein Kollaps des Parlaments könnte zur Dysfunktionalität des Staats führen.

Die Kommunikation des Parlaments und die Zivilgesellschaft

Geheiminformationen unterliegen immer Sicherheitsmaßnahmen. Im ukrainischen Kontext gelten seit Kriegsbeginn auch für das Parlament strengere Sicherheitsmaßnahmen. So sind seitdem etwa Tagesordnungen und Zeitpläne der Parlamentssitzungen nicht mehr öffentlich einsehbar und die Parlamentssitzungen werden nicht mehr in Radio, Fernsehen oder Internet übertragen.

Diese Einschränkung der traditionellen Kommunikationswege hat die Aktivitäten des Parlaments in den sozialen Medien gestärkt. 2022 stieg die Zahl der Follower des Parlaments auf allen Plattformen – Facebook,

Twitter, Telegram und Instagram – zusammengenommen um 146 Prozent gegenüber 2021. Dieser Trend zeigt das gestiegene Vertrauen der Ukrainer:innen in die staatlichen Institutionen, die Widerstand gegenüber der russischen Aggression zeigen (vgl. folgender Kommentar von Serhii Dembitskyi).

Im Zuge dieser Entwicklung wurden einige Einschränkungen deutlich, aufgrund derer das Parlament schließlich entschied, Aufnahmen seiner Sitzungen zu veröffentlichen. Trotz dieser erhöhten Transparenz drängen zivilgesellschaftliche Akteur:innen weiterhin auf eine Veröffentlichung der Tagesordnung, damit sich die Bürger:innen aktiv in den Gesetzgebungsprozess einbringen können.

Die parlamentarische Demokratie der Ukraine plagen noch eine Reihe anderer Themen. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass das Parlament noch immer das politische Forum ist, das die zentralen Entscheidungen des Landes debattiert und fällt. Der Kampf für Demokratie geht also weiter – an der Frontlinie wie in den staatlichen Institutionen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Der Text erschien zuerst unter <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/how-ukraines-parliament-functions-during-war-time>. Wir danken dem Autor und dem Kennan Institute Focus Ukraine für die Erlaubnis zur Verwendung der deutschen Übersetzung.

Über den Autor:

Stanislaw Iwaszyk ist Doktorand an der Nationalen Universität Kyjiwer-Mohyla Akademie und Experte für parlamentarische Angelegenheiten in der Ukraine. Er ist einer der Autoren der Studie *Parliament under Conditions of War: Ukraine's Example. An empirical report*.

Wie die Wahrnehmung des Staates sich durch den Krieg gewandelt hat

Von Serhij Dembizkyj (Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kyjiw)

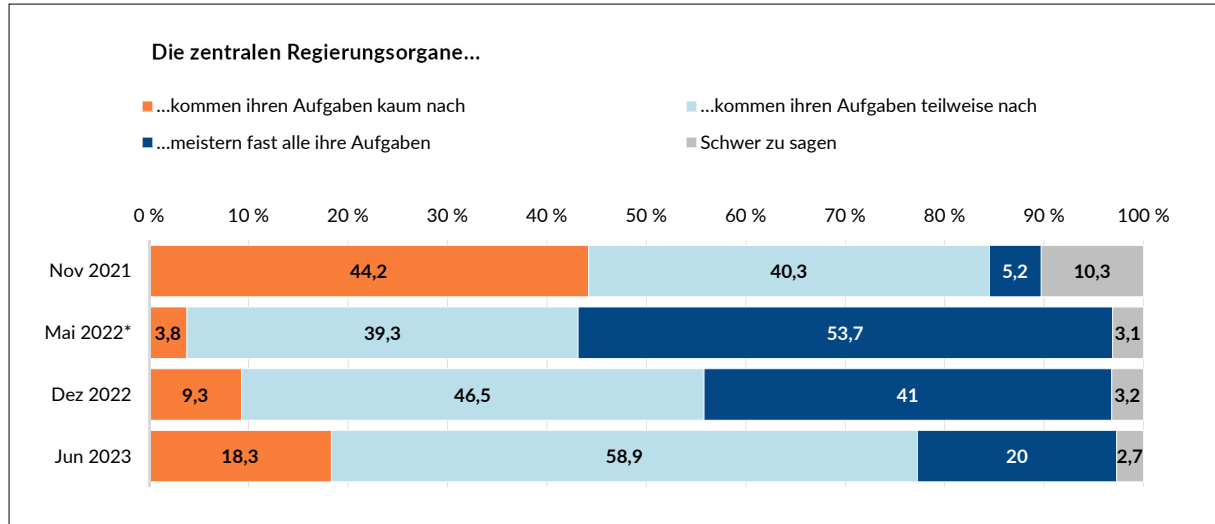
Die großangelegte russische Invasion hat die ukrainische Gesellschaft in den letzten zwei Jahren stark verändert. Zu den wichtigsten Veränderungen gehört eine deutliche Zunahme der Wertschätzung des eigenen Staates. Dies belegen die Daten des soziologischen Monitorings »Ukrainische Gesellschaft« (Umfragen von 2021, 2022 und 2023), das vom Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine durchgeführt wird und in repräsentativen Umfragen die Meinung der erwachsenen Bevölkerung in der Ukraine erfasst.

Die Einstellung zum Staat wurde anhand der GSR-5-Skala erfasst, die 2020–2021 am Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine entwickelt wurde. Die GSR-5-Skala besteht aus fünf Indikatoren: Leistungsfähigkeit der zentralen Regierungsorgane, Zukunft des Staates, Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung, Bilanz von Erfolgen und Misserfolgen seit der Unabhängigkeit, Zufriedenheit mit der aktuellen Entwicklung des Landes. Im Folgenden werden die Ergebnisse für jeden einzelnen Indikator vorgestellt. Darauf basierend wird abschließend die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zum ukrainischen Staat zusammengefasst.

Der großangelegte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führte zu erheblichen Veränderungen in der Bewertung der Leistungsfähigkeit der zentralen Regierungsorgane (siehe Grafik 1). Während Ende 2021 nur jeder zwanzigste eine positive Bewertung vornahm, war es im Mai 2022 schon die absolute Mehrheit. Spätere Umfra-

gen zeigen dann einen Rückgang der positiven Bewertungen zugunsten einer mittleren Einschätzung. Bei der letzten Umfrage im Juni 2023 war der Anteil der negativen Bewertungen schon wieder fast genauso hoch wie der der positiven.

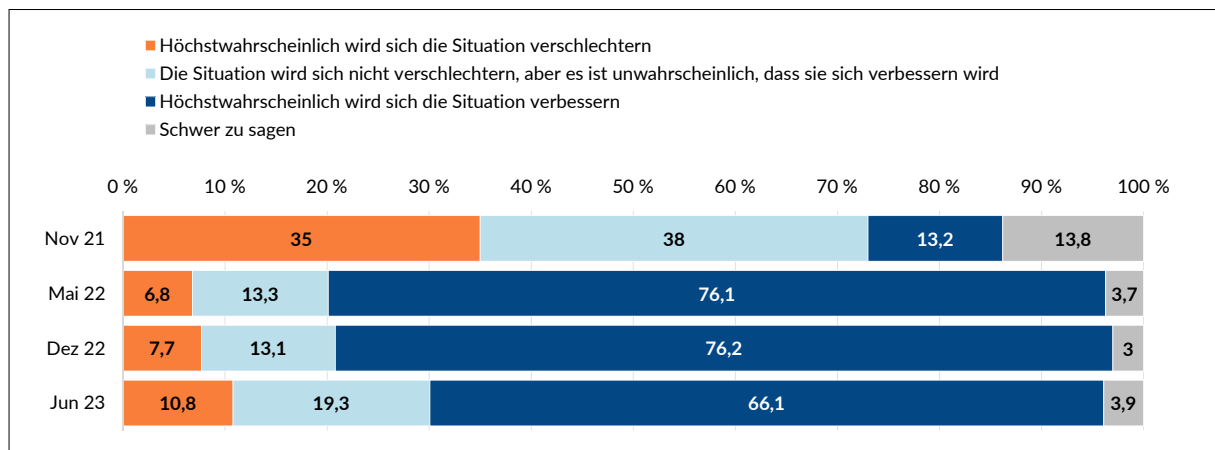
Grafik 1: Bewertung der Leistungsfähigkeit der zentralen Regierungsorgane (Anteil in %)



* Hier und im Folgenden: Die Umfragedaten für die GSR-5 Skala im Mai 2022 wurden im Auftrag des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine vom Umfrageinstitut »Rating Group« erhoben.

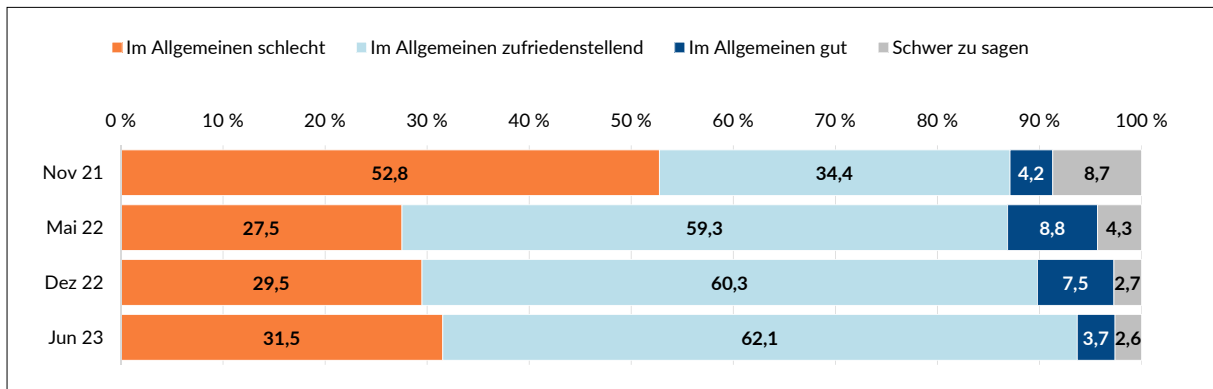
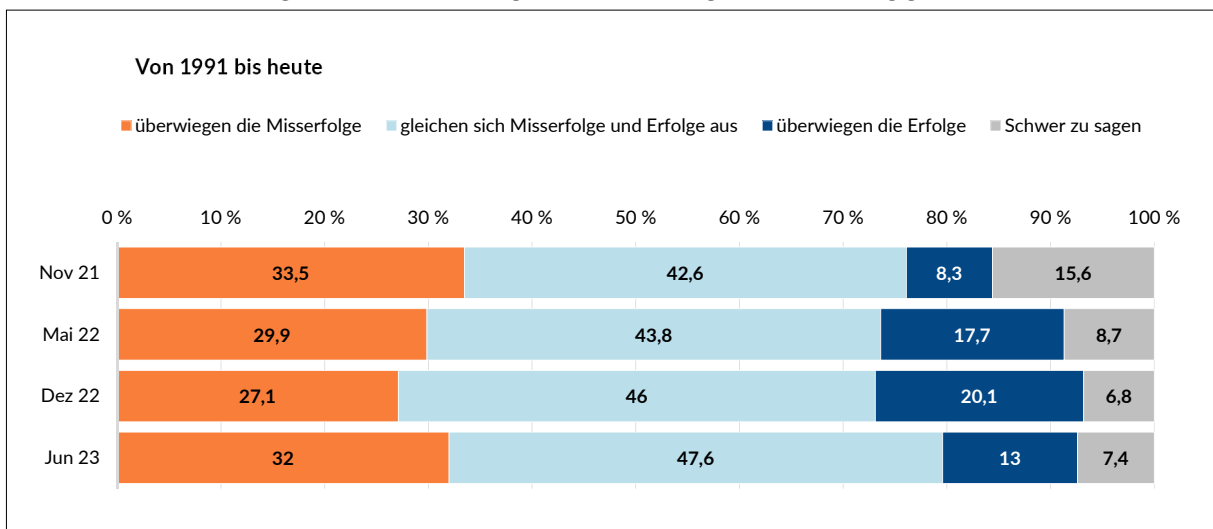
Der großangelegte Angriffskrieg führte in der ukrainischen Gesellschaft auch zu einem deutlichen Anstieg des Optimismus bezüglich der Zukunft des eigenen Staates (siehe Grafik 2). Hier ist keine wesentliche Abschwächung zu beobachten. Auch wenn sich die Einschätzung der Zukunftsaussichten 2023 ein wenig verschlechtert hat, geht weiterhin die absolute Mehrheit der Befragten davon aus, dass sich die Lage verbessern wird.

Grafik 2: Einschätzung der Zukunft der Ukraine (Anteil in %)



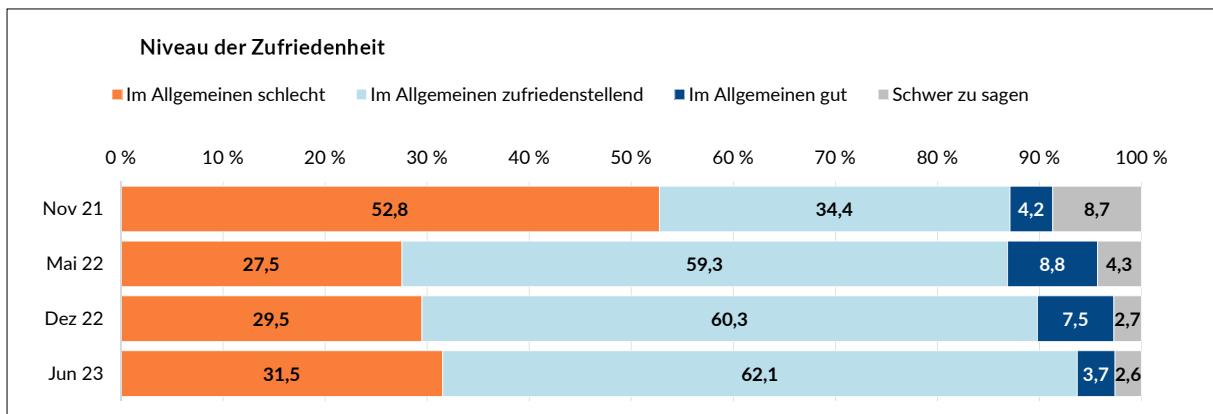
Nicht so stark, aber dennoch eindeutig, hat sich auch die Einschätzung der Lebensbedingungen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung verbessert (siehe Grafik 3). Die dramatische Bedrohung der nationalen Sicherheit zusammen mit der für viele unerwarteten Widerstandsfähigkeit der Ukraine führten bei der Bevölkerung zu der Einschätzung, dass die Lebensbedingungen unter so schwierigen Bedingungen im Großen und Ganzen zufriedenstellend sind. Nach 2022 zeigt sich zwar ein kleiner Abwärtstrend, der aber nicht signifikant ist.

Hinsichtlich der Bewertung der Erfolge und Misserfolge der Ukraine als unabhängiger Staat blieben die Ergebnisse von 2021 bis 2023 weitgehend unverändert (siehe Grafik 4). Wie bereits Ende 2021 glaubte auch während des Krieges eine relative Mehrheit der Befragten, dass sich Misserfolge und Erfolge gegenseitig kompensierten. Gleichzeitig gab in der Umfrage im Juni 2023 fast ein Drittel der Befragten an, dass die Misserfolge überwiegen.

Grafik 3: Einschätzung der Lebensbedingungen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung (Anteil in %)**Grafik 4: Einschätzung der Bilanz von Erfolgen und Misserfolgen der unabhängigen Ukraine (Anteil in %)**

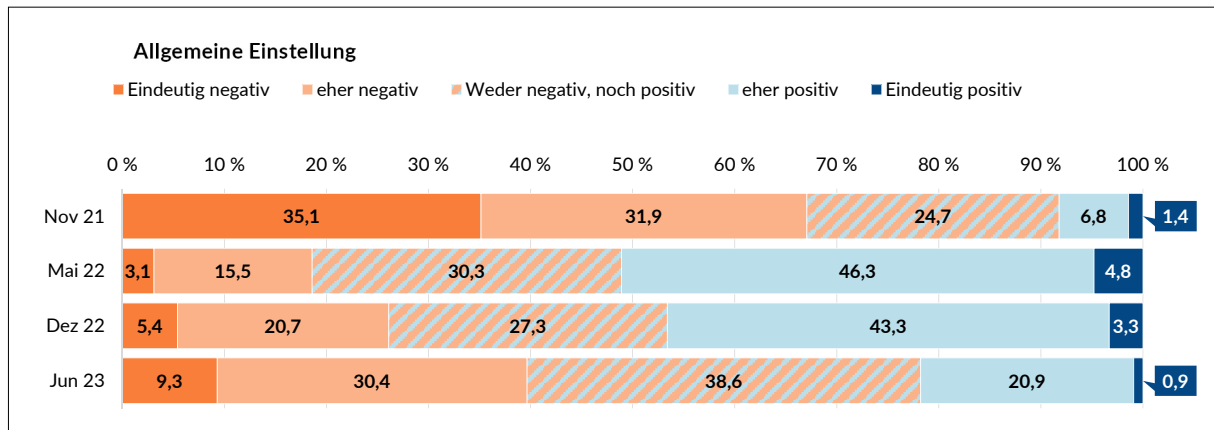
Auch die Zufriedenheit mit der aktuellen Entwicklung erwies sich als stabiler Indikator. Während aber bei den bisher vorgestellten Indikatoren meist der Mittelwert dominiert, zeigt sich hier eine überwiegend negative Einschätzung (siehe Grafik 5). Die absolute Mehrheit der Befragten war und ist mit den aktuellen Entwicklungen unzufrieden.

Die »GSR-5«-Skala wurde so entwickelt, dass anhand der fünf Indikatoren ein Gesamtprofil der Befragten erstellt werden kann, das die allgemeine Einstellung gegenüber dem Staat in fünf Abstufungen beschreibt: von eindeutig negativ bis eindeutig positiv.

Grafik 5: Zufriedenheit mit der aktuellen Entwicklung der Ukraine (Anteil in %)

Die Entwicklung dieser allgemeinen Einstellungen gegenüber dem Staat zeigt einige interessante Ergebnisse (siehe Grafik 6). Zum Jahresende 2021 sahen wir gewissermaßen einen pathologischen Negativismus der Bevölkerung gegenüber dem eigenen Staat, der sich in einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der ukrainischen Politik und ihren Vertreter:innen sowie in der Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Lebens im Lande äußerte. Bei zwei Dritteln aller Befragten dominierten daher negative Einstellungen. Der großangelegte Angriffskrieg beseitigte diesen vorherrschenden Negativismus und zeigte den Menschen, dass sie mit dem Verlust ihres Staates viel von dem verlieren würden, woran sie gewöhnt waren und was sie schätzten. Die erste Umfrage nach dem 24.02.2022 zeigt, dass die negativen Einstellungen drastisch um mehr als zwei Drittel zurückgingen, während der Anteil der positiven Einstellungen sich versechsfachte.

Grafik 6: Entwicklung der allgemeinen Einstellung gegenüber dem Staat (Anteil in %)



Die Umfragen zeigen eine allmähliche Verschlechterung der Einstellung zum ukrainischen Staat, die vor allem auf von der Bevölkerung negativ gesehene, auf das politische System bezogene Handlungen von Regierungsvertreter:innen zurückzuführen ist. Solche Effekte verschwinden auch während eines umfassenden blutigen Krieges nicht. So ist der Anteil der positiven Einstellungen gut ein Jahr nach der ersten Umfrage 2022 wieder gesunken. Trotzdem ist das Gesamtbild aber noch deutlich positiver als Ende 2021.

Gleichzeitig gibt es gute Gründe anzunehmen, dass eine als erfolglos und unzureichend wahrgenommene Politik der Regierung die Gesamteinstellung gegenüber dem Staat nur begrenzt beeinflusst. Wahrscheinlich ist es der anhaltende Optimismus der Mehrheit der Bevölkerung bezüglich der Zukunft des Staates, der die Rückkehr zu einem pathologischen Negativismus verhindert.

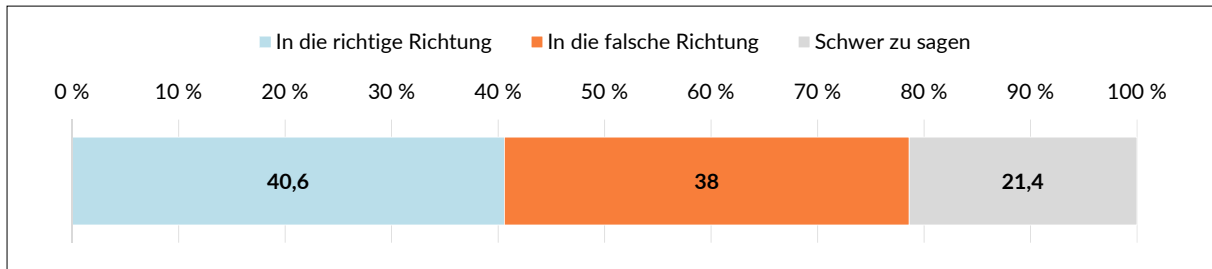
Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über den Autor

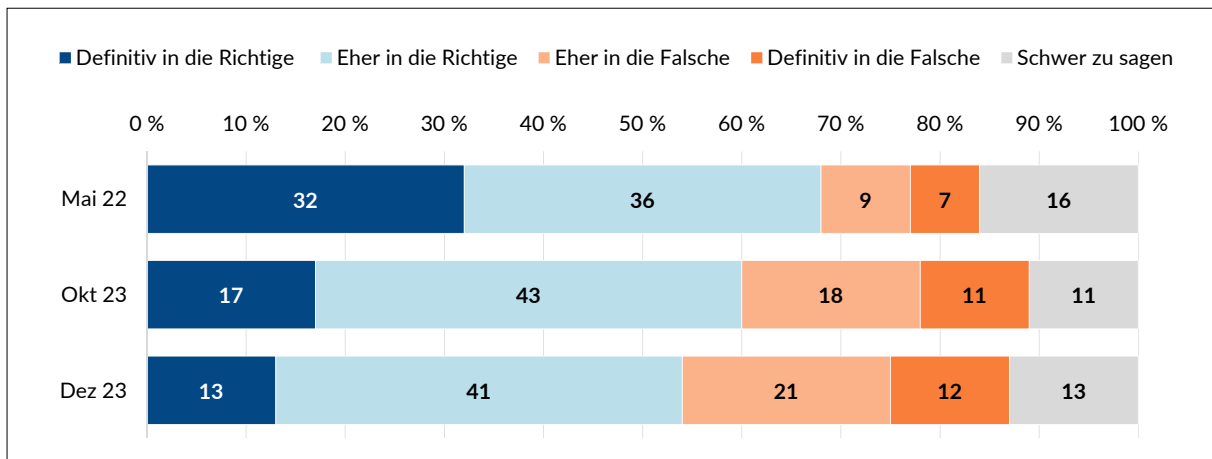
Dr. *Serhij Dembizkyj* ist promovierter Soziologie und stellvertretender Direktor des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine in Kyjiw. Seine wissenschaftlichen Interessengebiete sind Methoden der soziologischen Forschung, politische Kultur und individuelles Wohlbefinden.

UMFRAGEN

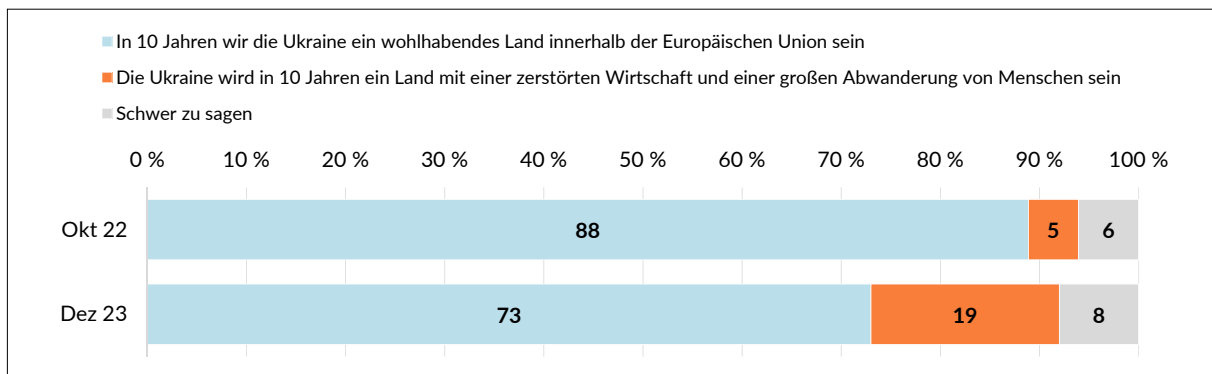
Stimmung in der Bevölkerung

Grafik 1: Ganz allgemein, denken Sie, dass sich die Ereignisse in der Ukraine in die richtige oder falsche Richtung bewegen? (in %)

Quelle: Rasumkow-Zentrum: *Einschätzung der Bürger:innen zur Lage im Land. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens (Januar 2024)*, 07.01.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-ta-dii-vlady-dovira-do-sotsialnykh-institutiv-politykiv-posadovtstv-ta-gromadskykh-diiachiv-sichen-2024r>.

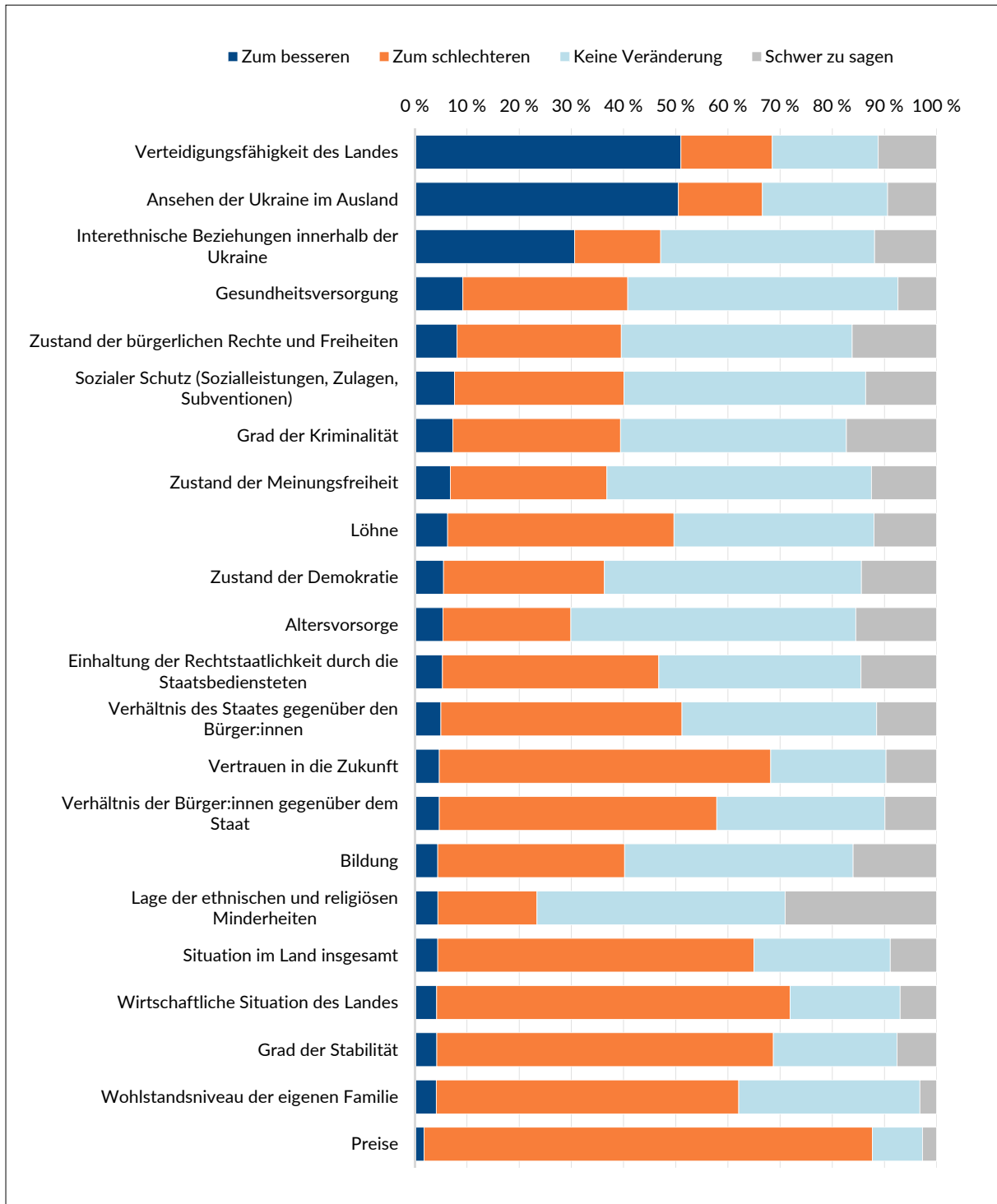
Grafik 2: Entwickelt sich die Situation in der Ukraine Ihrer Meinung nach in die richtige oder falsche Richtung? (in %)

Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: *Direction of affairs in the country and trust in political figures*, 19.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1336&page=2>.

Grafik 3: Wie stellen sie sich die Zukunft der Ukraine in 10 Jahren vor? (in %)

Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: *How do Ukrainians see the future of Ukraine in 10 years*, 29.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1348&page=1>.

Grafik 4: Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Situation in der Ukraine in den folgenden Bereichen im Vergleich zu Anfang des Jahres 2023 verändert? (in %)



Für die Zahlen, die der Grafik zugrunde liegen, siehe Tabelle 1 unten bzw. auf S. 23.

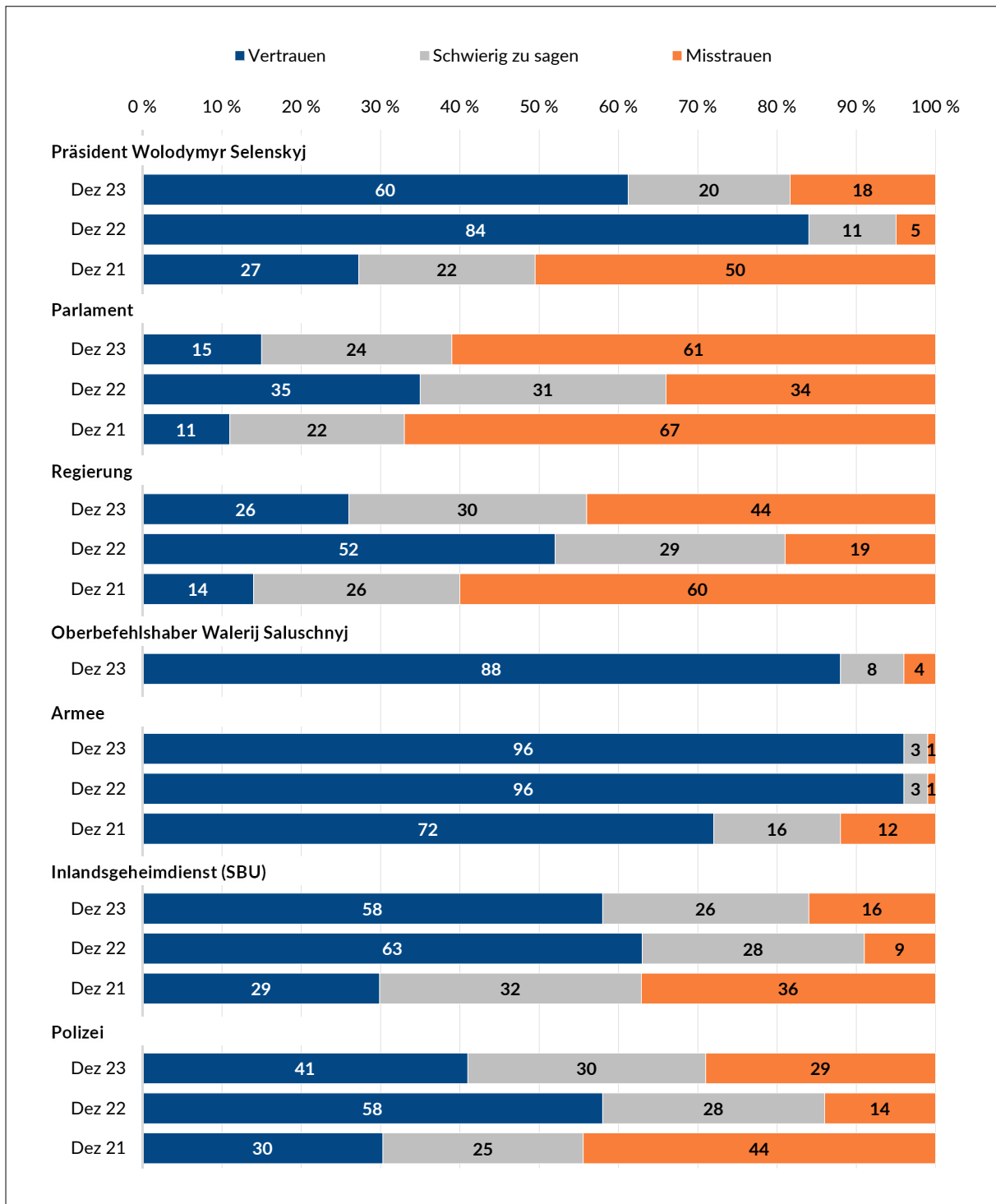
Quelle: Rasumkow-Zentrum: *Einschätzung der Bürger:innen zur Lage im Land. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens (Januar 2024)*, 07.01.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-ta-dii-vlady-dovira-do-sotsialnykh-institutiv-politykiv-posadovtsiv-ta-gromadskykh-diiachiv-sichen-2024r>.

Tabelle 1: Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Situation in der Ukraine in den folgenden Bereichen im Vergleich zu Anfang des Jahres 2023 verändert? (in %)

	Zum besseren	Zum schlechtere- ren	Keine Verände- rung	Schwer zu sagen	Differenz zwischen den Anteilen derjenigen, die der Meinung sind, dass sich die Situation zum Besseren verändert hat, und derjenigen, die der Meinung sind, dass sie sich zum Schlechteren verändert hat
Ansehen der Ukraine im Ausland	50,5	16,1	24	9,4	34,4
Verteidigungsfähigkeit des Landes	51	17,5	20,3	11,2	33,5
Interethnische Beziehungen innerhalb der Ukraine	30,6	16,5	41	11,9	14,1
Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten	4,4	19	47,5	29	-14,6
Altersvorsorge	5,4	24,5	54,6	15,5	-19,1
Gesundheitsversorgung	9,2	31,6	51,8	7,4	-22,4
Zustand der Meinungsfreiheit	6,8	30	50,7	12,5	-23,2
Zustand der bürgerlichen Rechte und Freiheiten	8,1	31,5	44,3	16,2	-23,4
Grad der Kriminalität	7,3	32,1	43,3	17,3	-24,8
Sozialer Schutz (Sozialleistungen, Zulagen, Subventionen)	7,6	32,5	46,3	13,6	-24,9
Zustand der Demokratie	5,5	30,8	49,2	14,4	-25,3
Bildung	4,4	35,8	43,8	16	-31,4
Einhaltung der Rechtstaatlichkeit durch die Staatsbediensteten	5,3	41,5	38,8	14,5	-36,2
Löhne	6,3	43,4	38,4	12	-37,1
Verhältnis des Staates gegenüber den Bürger:innen	5	46,2	37,3	11,5	-41,2
Verhältnis der Bürger:innen gegen- über dem Staat	4,7	53,2	32,3	9,9	-48,5
Wohlstandsniveau der eigenen Familie	4,1	57,9	34,7	3,2	-53,8
Situation im Land insgesamt	4,4	60,6	26,1	8,9	-56,2
Vertrauen in die Zukunft	4,7	63,5	22,1	9,7	-58,8
Grad der Stabilität	4,2	64,5	23,7	7,6	-60,3
Wirtschaftliche Situation des Landes	4,2	67,8	21,1	7	-63,6
Preise	1,8	85,9	9,6	2,7	-84,1

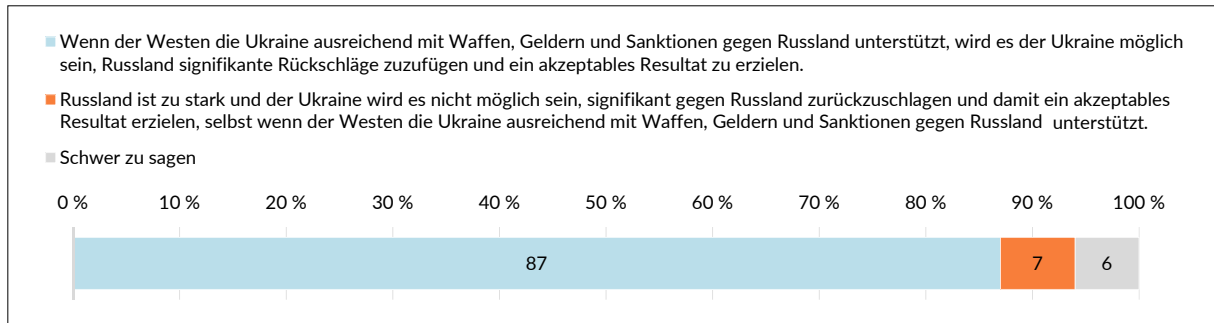
Quelle: Razumkov-Zentrum: Einschätzung der Bürger:innen zur Lage im Land. Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens (Januar 2024), 07.01.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-sytuatsii-v-kraini-ta-dii-vlady-dovira-do-sotsialnykh-instytutiv-politykiv-posadovtsiv-ta-gromadskykh-diiachiv-sichen-2024r>.

Grafik 5: Vertrauen in verschiedene Institutionen, 2021–2023 (in %)



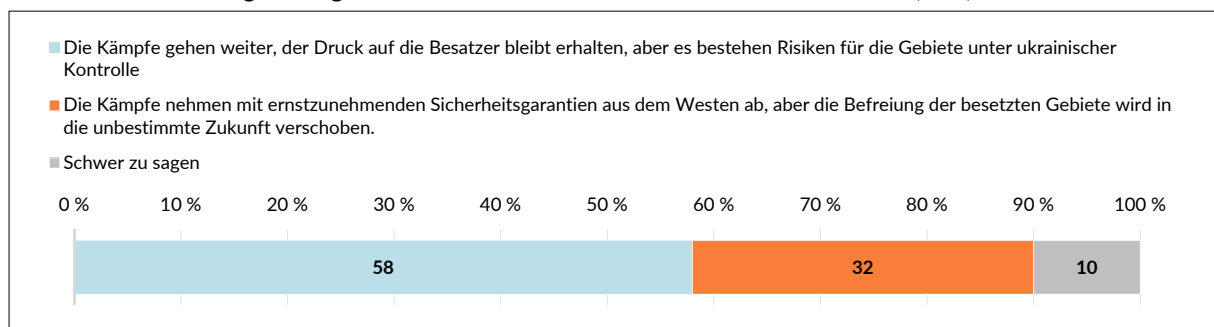
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Dynamics of trust in social institutions in 2021-2023, 18.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=en&cat=reports&id=1335&page=1>.

Grafik 6: Was ist ihre Meinung über die Fähigkeit der Ukraine in diesem Krieg erfolgreich zu sein, vorausgesetzt der Westen unterstützt die Ukraine ausreichend? (in %)



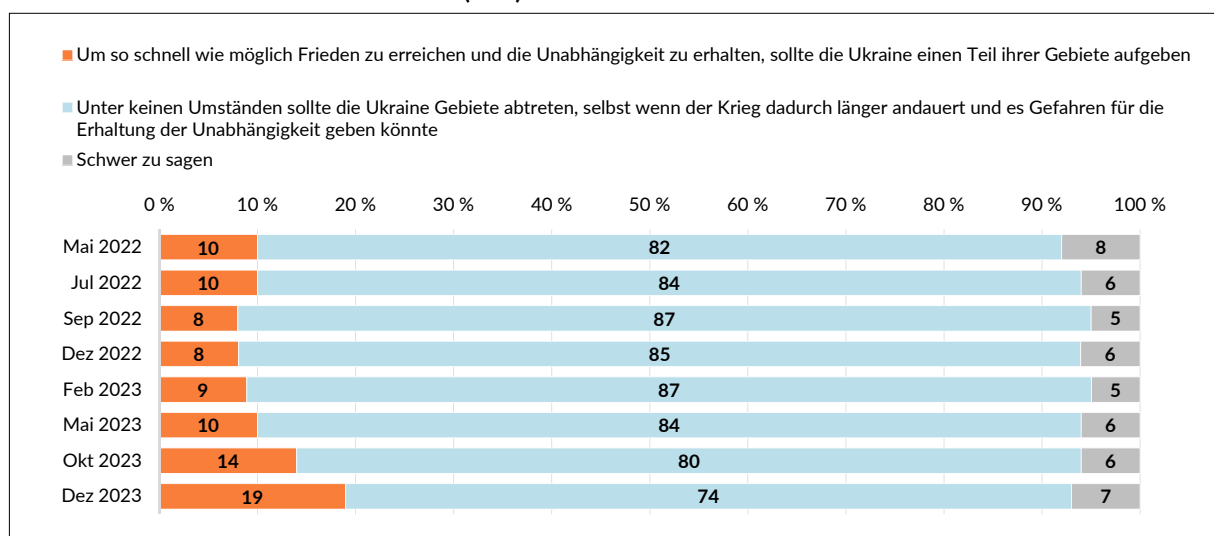
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: *Possibility of Ukraine achieving success with adequate support from the West and actions in the event of a significant reduction in aid*, 12.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1331&page=3>.

Grafik 7: Im Westen und in der Ukraine gibt es die Sorge, dass der Westen seine Hilfe für die Ukraine deutlich reduzieren könnte. Wenn der Westen die Hilfe tatsächlich deutlich kürzen sollte, welche dieser Handlungsstrategien der Ukraine würden Sie dann eher unterstützen? (in %)

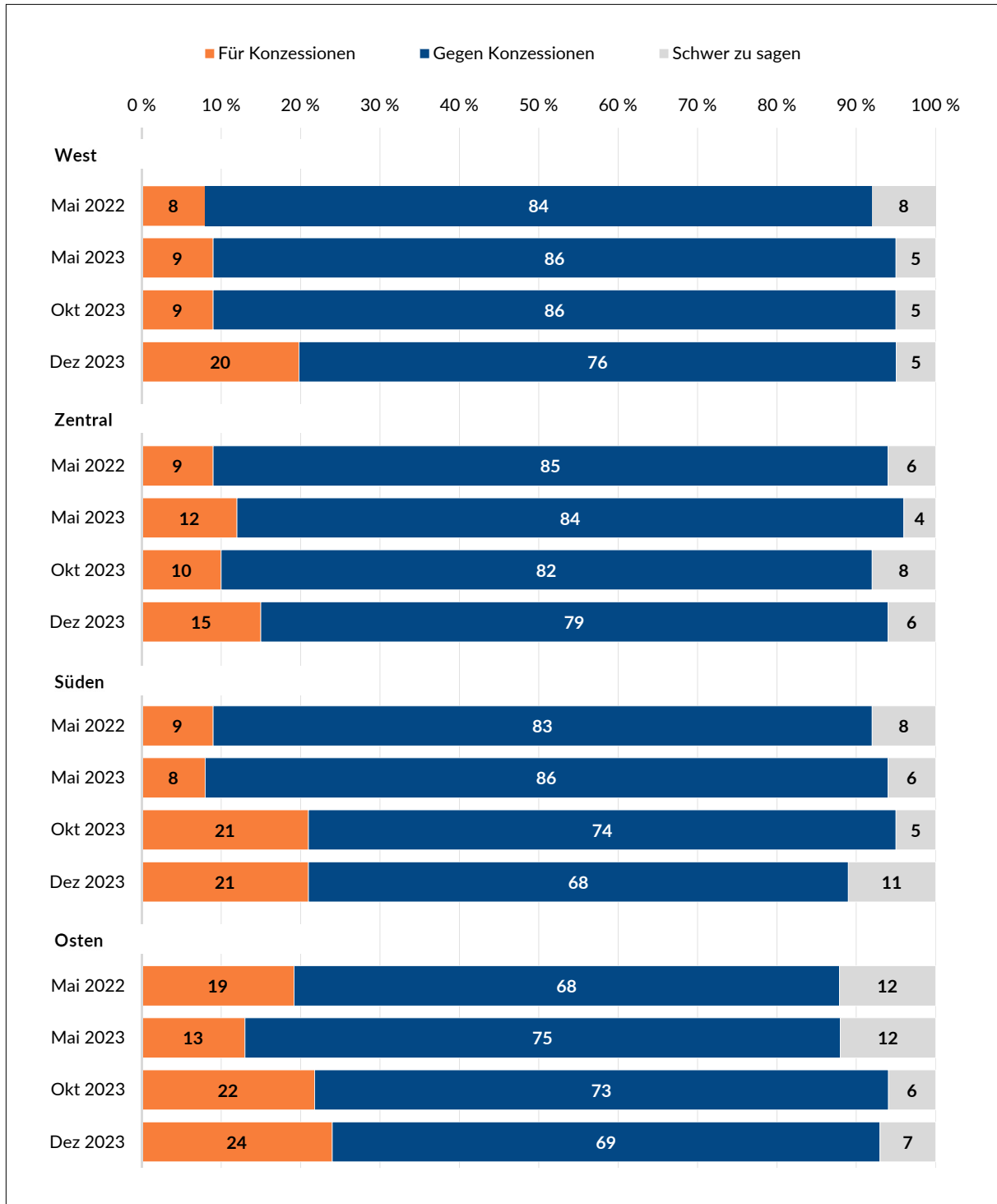


Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: *Possibility of Ukraine achieving success with adequate support from the West and actions in the event of a significant reduction in aid*, 12.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1331&page=3>.

Grafik 8: Mit welcher dieser Aussagen, bezüglich möglicher Kompromisse für einen Frieden mit Russland, stimmen sie am ehesten zu? (in %)

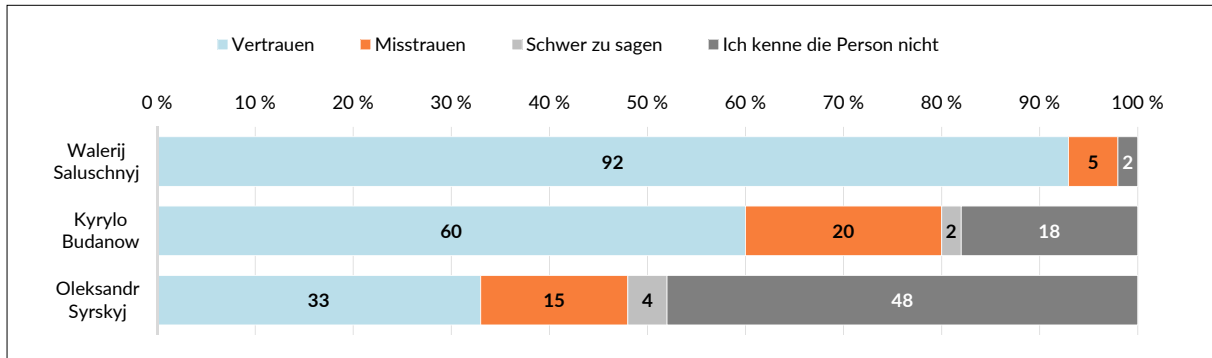


Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: *Dynamics of readiness for territorial concessions to end the war as soon as possible*, 14.12.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1332&page=3>.

Grafik 9: Bereitwilligkeit für territoriale Konzessionen nach Regionen (nach Region vor dem 24.02.2022 in %)

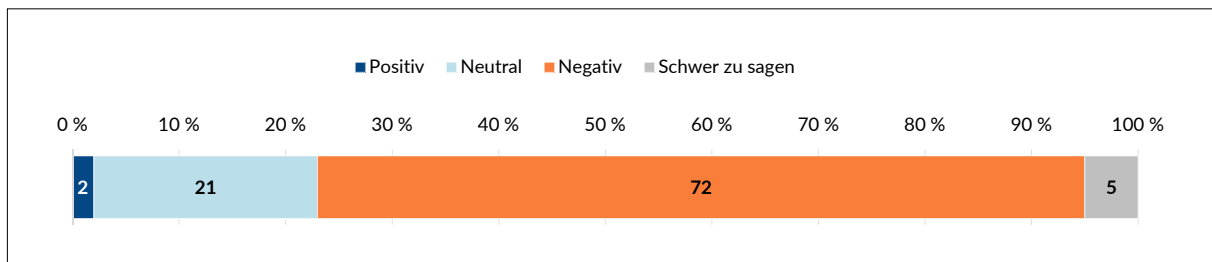
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Dynamics of readiness for territorial concessions to end the war as soon as possible, 14.12.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1332&page=3>.

Grafik 10: Wie stark vertrauen oder misstrauen sie den folgenden ukrainischen Personen des öffentlichen Lebens? (in %)



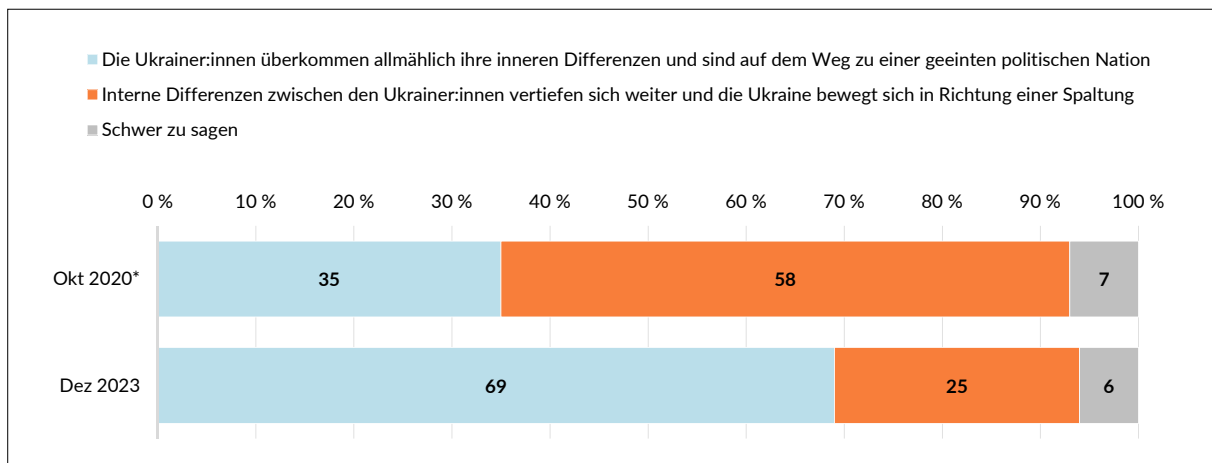
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Trust in military commanders and attitude to the possible resignation of V. Zaluzhnyi, 20.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1338&page=2>.

Grafik 11: Wenn Wolodymyr Selenskyj die Entscheidung trifft, Walerij Saluschnyj als Oberkommandierenden der Streitkräfte zu ersetzen, wie würden sie darauf reagieren? (in %)



Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Trust in military commanders and attitude to the possible resignation of V. Zaluzhnyi, 20.12.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1338&page=2>.

Grafik 12: Welchem dieser Statements stimmen sie am meisten zu? (in %)



* 2020 war die Formulierung aufgrund eines anderen sozio-politischen Kontextes inhaltlich ähnlich, aber etwas anders formuliert: »Die Ukraine als Land wird zusammengeführt, ist auf dem Weg der Vereinigung« und »Die Ukraine als Land fällt auseinander, ist auf dem Weg zur Spaltung«.

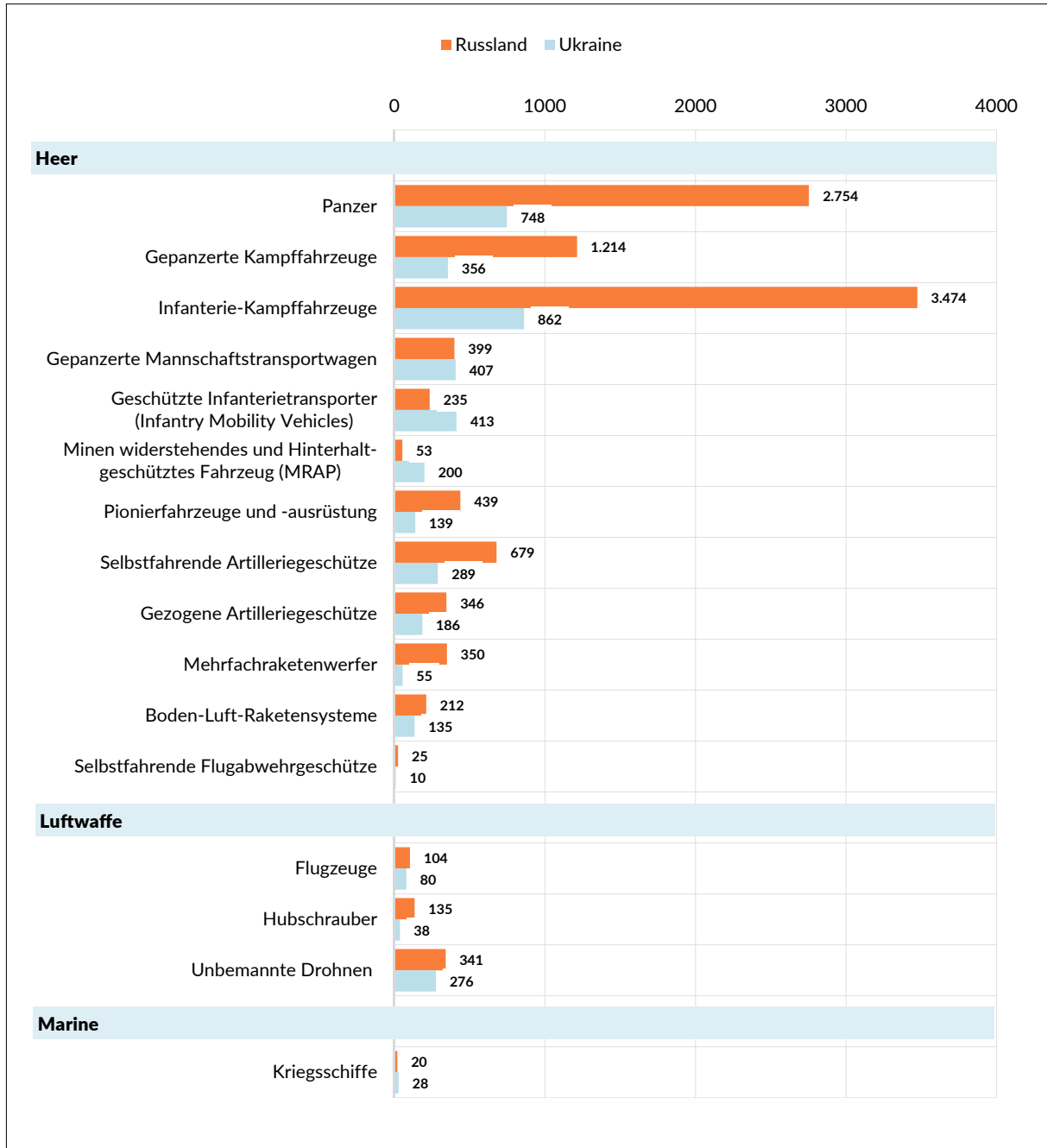
Quelle: Kyiv International Institute of Sociology: Ukrainians are going to a united political nation or to a split, 22.01.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1361&page=1>.

Zusammenstellung der Umfragen: Lucas Frost.

STATISTIK

Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee

Grafik 1: Verluste an Militärmaterial beider Seiten laut unabhängigem Militärblog ORYX (Stand: 23.02.2024)

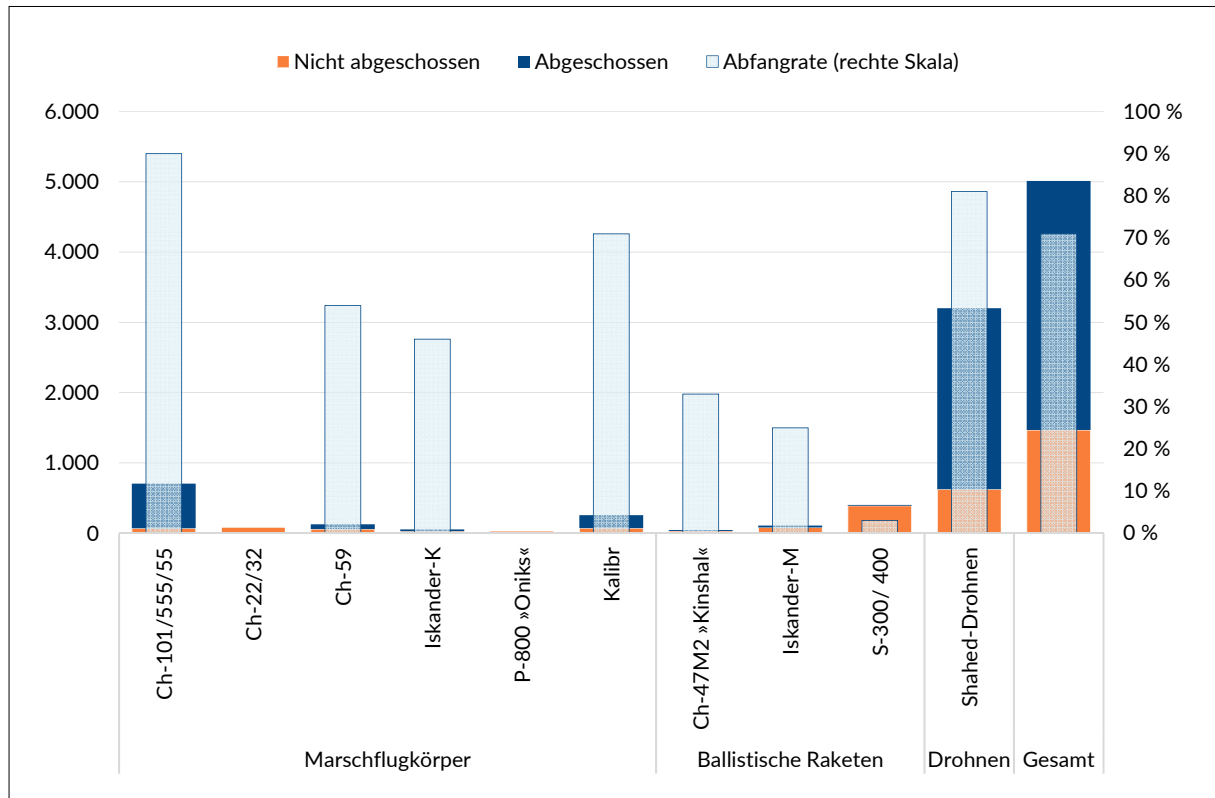


Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1bngHbR0YPS7XH1oSA1VxoL4R34z60SJcR3NxguZM9GI/edit#gid=0>, basierend auf Meldungen von <https://www.oryxspioenkop.com/>.

Anmerkung der Redaktion: ORYX ist ein Militär-Blog, der von internationalen Freiwilligen betrieben wird. Die Rechercheure sammeln seit Jahren Verlustmeldungen aus unterschiedlichen bewaffneten Konflikten, darunter dem aktuellen Krieg in der Ukraine. Zu jeder einzelnen Verlustmeldung muss ein Bild oder Videobeweis, meist aus den sozialen Medien, vorliegen, so dass die Angaben glaubhaft sind. Allerdings gibt es wegen der hohen Anzahl von Meldungen einen Rückstau an Meldungen, so die Betreiber des Blogs. Auch seien die ukrainischen Verluste in Wahrheit vermutlich höher: Weil die ukrainische Bevölkerung keine Bilder des eigenen Militärs veröffentlichen soll, gibt es nicht von allen ukrainischen Verlusten Bilder, weshalb diese vermutlich untererfasst sind.

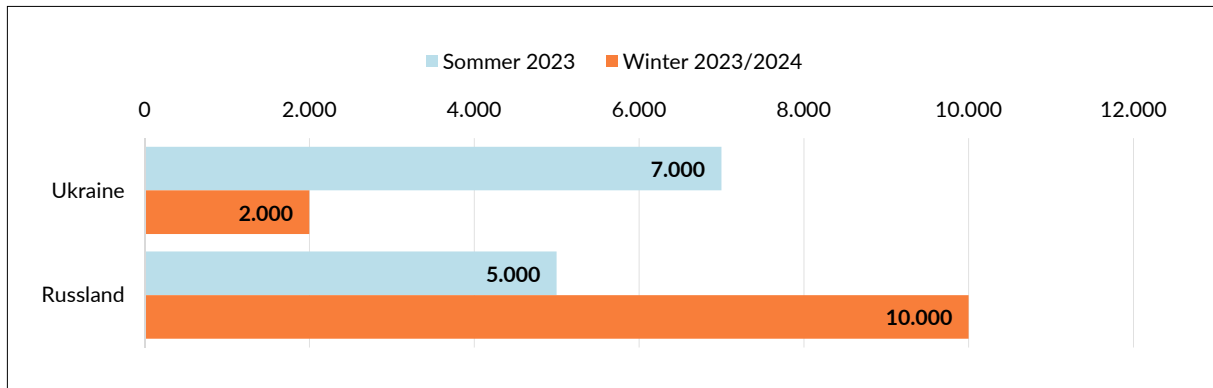
Russische Raketen- und Drohnenangriffe, Verbrauch von Artilleriegranaten, Materialverluste im Kampf um Awdijiwka

Grafik 1: Übersicht der Raketen und Drohnen, mit denen Russland die Ukraine zwischen dem 01.01.2023 und dem 01.01.2024 angegriffen hat

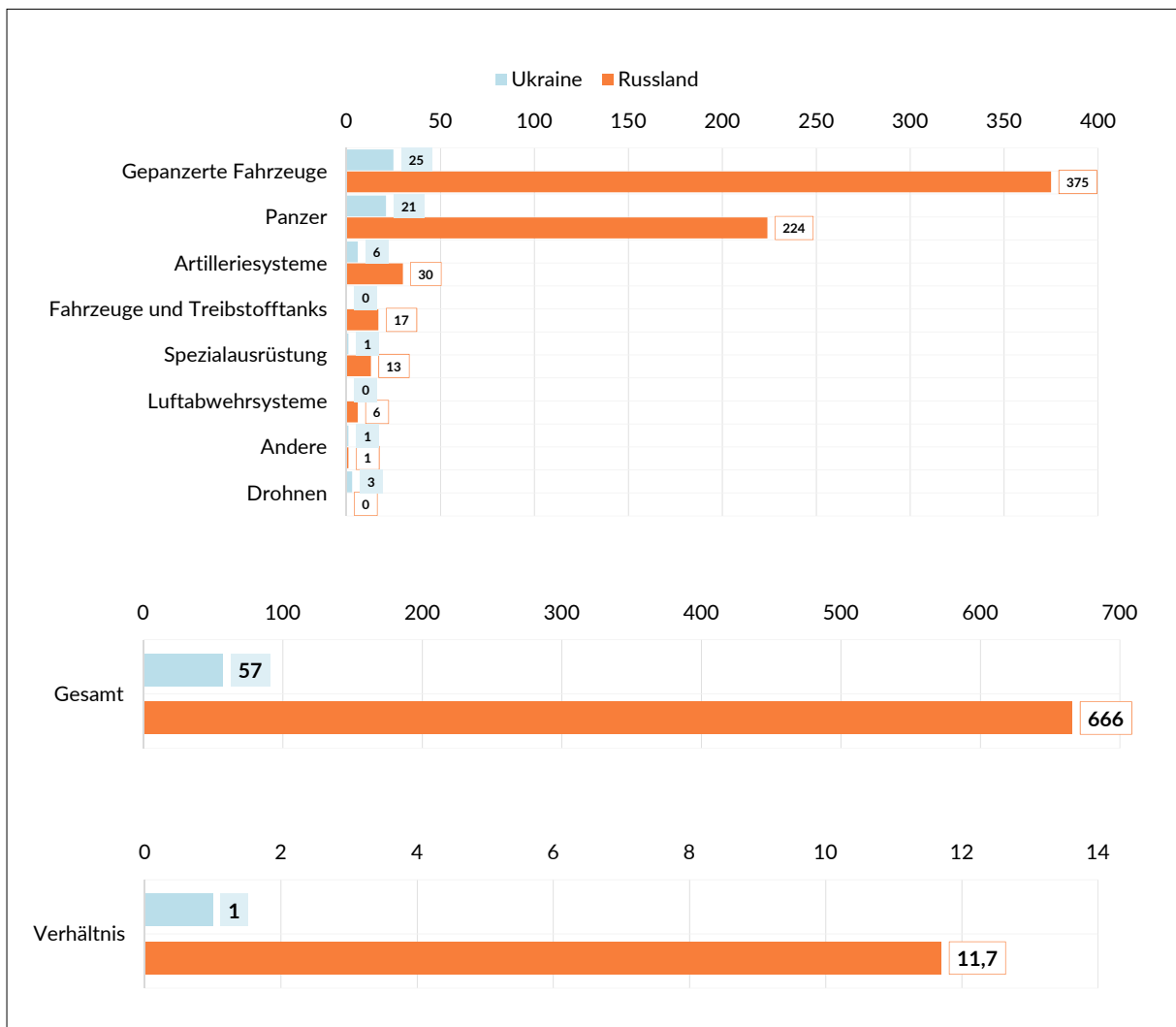


	Gesamtanzahl	Nicht abgeschossen	Abgeschossen	Abfangrate (rechte Skala)
Marschflugkörper				
Ch-101/555/55	704	68	636	90 %
Ch-22/32	84	84	0	0 %
Ch-59	127	58	69	54 %
Iskander-K	54	29	25	46 %
P-800 »Oniks«	31	31	0	0 %
Kalibr	255	72	183	71 %
Ballistische Raketen				
Ch-47M2 »Kinshak«	45	30	15	33 %
Iskander-M	108	81	27	25 %
S-300/ 400	402	391	11	3 %
Drohnen				
Shahed-Drohnen	3.201	624	2.577	81 %
Gesamt	5.011	1.468	3.543	71 %

Quelle: Die Zusammenstellung beruht auf offiziellen Angaben mehrerer Behörden der Ukraine, zusammengetragen vom OSINT-Account @monitorwarr, 01.01.2024, <https://imgur.com/a/ZZD8ftO>.

Grafik 2: Verbrauch von Artilleriegranaten pro Tag

Quelle: Jack Watling, Royal United Services Institute (RUSI).

Grafik 3: Verluste bei der Ausrüstung im Kampf um Awdijiwka

Anmerkung: Die Daten wurden erhoben vom OSINT-Analysten @naalsio26 (<https://twitter.com/naalsio26>) von Beginn der neuen russischen Offensive am 10. Oktober 2023 bis zum 16. Februar 2024, dem Rückzug der Ukraine aus Awdijiwka, und stützen sich auf visuell bestätigte Verluste.

Quelle: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1VlyACYHfnJi8cUMWjXAXDhS419I9IHclhGJaK1RWMFQ/edit#gid=1394401294>

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>